

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Regierungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Geschichtl. täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonne
 je oder des 1. Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Insetrate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 26. Juli 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Kernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Wohnungsnot.

I.

Seit Jahren beschäftigen sich einsichtige Socialpolitiker mit Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Klasse, kommunale Behörden, die die Wichtigkeit der Wohnungsfrage erkannt haben, veranstalten statistische Untersuchungen, volkswirtschaftliche Kongresse treten mit Vorschlägen an die Gesetzgebung zur Abhilfe des Notstands auf. Hygieniker bemühen sich, auf ihren Zusammenkünften die Forderungen festzulegen, die vom Standpunkt einer geordneten Gesundheitspflege aus an Arbeiterwohnungen zu stellen sind. Gewerbe-Inspektoren berichten über haarsträubende Zustände in ihren Bezirken, — und doch ist bisher so gut wie nichts zur Bänderung der Wohnungsnot geschehen. Noch immer befinden sich, um die Worte eines bürgerlichen Nationalökonom zu gebrauchen, die weitaus meisten Angehörigen der ärmeren Klassen in Wohnungsverhältnissen, die mehr oder minder Gesundheit und Sittlichkeit schädigen, das Familienleben beeinträchtigen, dem Dasein Freude und Begehrlichkeit rauben.

Zur Zeit ist die Wohnungsnot nicht nur in Großstädten, sondern auch in mittleren und teilweise sogar in kleinen Städten so hoch gestiegen, wie kaum je zuvor. Selbst als zu Beginn der sechziger Jahre der Milliardenregen sich über Deutschland ergoß und Pauschalwinder im Verein mit gewissenlosen Spekulantenthr wucherisches Unwesen trieben, war die Wohnungsnot nicht so ausgebreitet, wie heute. Mehr als zehntausend Einwohner in Berlin und fast tausend Einwohner in Hamburg sind heute gezwungen, für Wohnungen ohne heizbare Räume, die ursprünglich garnicht zum Aufenthalt von Menschen bestimmt waren, sondern als Lagerkeller, Ställe u. dergl. dienen, eine hohe Miete zu entrichten, und in andern Städten ist es nicht viel besser bestellt. Die Zahl der vorhandenen Wohnungen steht in keinem Verhältnis zur Zahl der erforderlichen.

Unter dieser Wohnungsnot hat die arbeitende Bevölkerung sehr zu leiden. Mietssteigerungen in vorher nie gekannter Höhe sind an der Tagesordnung. Familien, die mit Kindern nach Ansicht der Hauswirte etwas zu reichlich gesegnet sind, werden an die Luft gesetzt und können nur mit großen Schwierigkeiten, oft auch garnicht, ein neues Unterkommen finden, höhere Löhne, die die Arbeiter durch heisse Kämpfe dem Unternehmer abgerungen haben, fallen nicht ihnen, sondern den Hauswirten in den Schoß, so daß die Lebenshaltung des Arbeiters, auch wenn sein Einkommen absolut gestiegen ist, doch keine oder eine nur wenig höhere ist, als vordem.

Je geringer das Einkommen einer Familie ist, desto größer wird der Anteil, den die Wohnungsmiete verschlingt. So nehmen z. B. nach den Berechnungen des ehemaligen Leiters des städtischen statistischen Bureaus in Berlin, Dr. Schwalbe, bei einem Jahreseinkommen bis zu 900 M. die Ausgaben für Wohnung 24,10 Proz. in Anspruch, bei einem Einkommen von 900 bis 1500 M. 22,11 Proz., aber bei einem Einkommen von 30000 M. nur 9,20 Proz. Also etwa den vierten Teil des Einkommens muß eine Arbeiterfamilie allein für Wohnungsmiete ausgeben. In Hamburg beträgt bei einem Einkommen von 600 bis 1200 M. der für Miete zu zahlende Bruchteil 25,5 Prozent, also noch etwas mehr als der vierte Teil des Einkommens, während sich dieser Bruchteil im Jahre 1868 nur auf 18,8 Proz. belief. Mit andern Worten: der auf die Wohnungsmiete entfallende Anteil des Einkommens einer Arbeiterfamilie zeigt eine steigende Tendenz. Für alle Städte bieten die statistischen Erhebungen dasselbe Bild.

In der gegnerischen Presse findet man vielfach die Anschauung vertreten, als ob die Arbeiter überhaupt keine höheren Bedürfnisse haben und ihren höheren Verdienst nicht für die Schaffung besserer Wohnungen, sondern nur im Wirtschaftshause durchbringen. Diese Anschauung, die von den Scharfmachern in nur allzudurchsichtiger Absicht geflissentlich verbreitet wird, findet eine schlagende Widerlegung u. a. durch die über die Lage der Stuttgarter Arbeiter von den dortigen vereinigten Gewerkschaften angestellten, von dem Genossen Leipart kürzlich veröffentlichten Erhebungen. Leipart weist an der Hand eines unanfechtbaren Zahlenmaterials nach, daß die niedrigen Wohnungsmieten bis 200 M. verschwinden, je höher der Lohn steigt, während die mittleren Mieten von 200 bis 400 M. bereits ein langsames Steigen erkennen lassen und die hohen Mieten über 400 M. die Steigerung des Lohns sogar weit übertreffen. Wir sehen also, daß der Arbeiter sehr wohl höhere Bedürfnisse hat und daß er dieselben in entsprechender Weise zu befriedigen sucht, sobald seine finanziellen Verhältnisse es ihm nur gestatten.

Leider aber reicht in den weitaus meisten Fällen der Poch des Arbeiters nicht aus, um sich eine menschenwürdige Wohnung zu schaffen. Die Folgen sind leicht ersichtlich: Zahllose Arbeiterfamilien sind gezwungen, einen Teil ihrer ohnehin kleinen Wohnungen an Kost- und Schlafgänger abzugeben, und das bedeutet eine schwere Gefahr in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung. Am schlimmsten ist es in Bezug auf das Schlafstellenwesen in Berlin bestellt, wo nach den Resultaten der Volkszählung vom Jahre 1895 auf je 1000 männliche Personen 77,2 auf je 1000 weibliche

26 Schlafgänger kamen. Und wie wohnen die Schlafgänger? 89,2 Proz. derselben waren in Wohnungen aufgenommen, die nur aus einem Zimmer bestanden, 50 Proz. in Wohnungen von zwei Zimmern. Nur 7,7 Proz. aller Berliner Schlafgänger finden wir in Wohnungen mit drei, nur 2,5 Prozent in Wohnungen mit vier und mehr Zimmern!

Das Schlafstellenwesen birgt zunächst große Gefahren in sittlicher Hinsicht in sich. Treffend weist Schmoller darauf hin, daß die Gesellschaft die unteren Schichten des großstädtischen Fabrikproletariats durch die Wohnungsverhältnisse mit zwingender Notwendigkeit zum Zuriicksinken auf ein Niveau der Barbarei und Bestialität, der Rohheit und des Rohdiums nötigt, das unsre Vorfahren schon Jahrhunderte hinter sich hatten. Und Adolf Braun, der seiner Zeit die Denkschrift der Berliner Arbeiter-Sanitäts-Kommission bearbeitet hat, schildert die Nachteile der Aufnahme von Mietermieten mit folgenden Worten: „Kinder beiderlei Geschlechts müssen mit Eltern und oft mit Fremden im gleichen Raum, oft auch im gleichen Bett haufen; die Vorteile der Säublichkeit gehen verloren, das Wirtschaftsbietet vielen eine angenehmere Erholung, als das Zusammensein mit Frau und Kind in einem Raume, der mit Fremden geteilt werden muß, in dem die Gelegenheit zu Zanf und Streit infolge des engen Aneinanderwohnens ununterbrochen besteht. Es werden die schlechten Wohnungen somit eine der Ursachen des steigenden Alkoholismus, der Zerrüttung des Familienlebens, der mangelnden Erziehung der Jugend.“

Fügen wir noch hinzu, daß in den schlechten Wohnungsverhältnissen, und vor allem in dem Schlafstellenwesen, nach übereinstimmender Ansicht aller Kenner der Thatsachen eine der Hauptquellen der Prostitution zu suchen ist, so wird die sittliche Schädigung weiter Kreise der Bevölkerung durch das Wohnungselend nicht länger in Zweifel gezogen werden können.

Aber die schlechten Wohnungsverhältnisse bergen auch die Gefahr einer Verelendung der Arbeiterklasse in sich. Mit der Zahl der Bewohner, die auf ein Haus kommen, steigt die Sterblichkeit. London, das auf ein Haus im Durchschnitt acht Bewohner zählt, hat eine Sterblichkeit von 23 pro Tausend, Berlin eine solche von 25 bis 32 pro Tausend. In Kopenhagen betrug die Sterblichkeitsziffer 24,60, hingegen in den von der gemeinnützigen Baugeellschaft daselbst errichteten Häusern nur 18,10.

Welchen Einfluß die Wohnungsverhältnisse auf die Sterblichkeit haben, ergibt sich u. a. aus den Untersuchungen, die Dr. Neese in Breslau angestellt hat. Es starben dort im Jahre 1896 von je 1000 Lebenden, die eine Wohnungsmiete bis zu 300 M. zahlten, 20,7, bei einer Wohnungsmiete von 301—750 M. 11,2, bei einer Miete von 751—1500 M. dagegen nur 6,5. Im Durchschnitt betrug die Sterblichkeitsziffer 17,6. Von Kindern im Säuglingsalter starben bei der armen Bevölkerung mehr als die Hälfte, bei den Reichen nur ein Sechstel.

Leider haben die Kommunen diesem Zweige der Statistik bisher noch nicht die genügende Beachtung entgegengebracht; aber wo derartige Erhebungen veranstaltet sind, zeigt sich regelmäßig mit der Zunahme der Dichtigkeit der Bevölkerung auch eine Zunahme der Sterblichkeitsziffern. Für München ergibt die Statistik in den äußeren Stadtbezirken Ostend und Westend eine Sterblichkeitsziffer von 35 bezw. 32, in der Ludwigstadt eine solche von 22, in der Altstadt und der Maxstadt, wo die wohlhabende Bevölkerung wohnt, eine solche von 19 bezw. 17. Kechnlich in Charlottenburg, einer verhältnismäßig gesunde Stadt. Im Jahr 1899 starben durchschnittlich 15,10 pro Tausend der Bevölkerung; während aber die Sterblichkeitsziffer in den reichen Bezirken, die im Westen Berlins angrenzen, zwischen 6,05 und 8,05 schwankt, beträgt sie in den eigentlichen Arbeitervierteln überall über 20, in einzelnen Gegenden sogar mehr als 26. Genau so verhält es sich mit dem Anteil der Kinder unter einem Jahre an der Gesamtsterblichkeit. Dieser Anteil der im Durchschnitt der ganzen Stadt 31,5 Proz. betrug, verringerte sich in den reichen Stadtvierteln bis auf 8,6 Proz., stieg dagegen in den Arbeitervierteln bis auf 52,27 Proz.

Diese Zahlen sprechen für sich; sie lehren, daß wie die Fabrikarbeit der Frauen das Kind im Mutterleibe tötet, so den schlechten Wohnungsverhältnissen mehr als die Hälfte der Arbeiterkinder im ersten Lebensjahr zum Opfer fällt. Und diesen Zuständen steht — in Deutschland wenigstens — die bürgerliche Gesellschaft bisher gleichgültig gegenüber. So gut wie nichts ist geschehen, dem Wohnungselend und seinen unheilvollen Einflüssen zu steuern, im Gegenteil, die Macht derjenigen, die mit die Schuld an diesen Verhältnissen tragen, wird in Staat und Gemeinden durch eine verfehlte Gesetzgebung künstlich gehoben.

Um so mehr hat die Arbeiterschaft die Pflicht, sich mit der Wohnungsfrage zu beschäftigen, den Ursachen der Wohnungsnot auf den Grund zu gehen und auf Mittel zu ihrer Beseitigung zu sinnen. Handelt es sich doch um das eigene Interesse der Arbeiter, die vor der Verelendung geschützt werden müssen, um in dem Befreiungskampf, den sie gegen die bürgerliche Gesellschaft zu führen haben, nicht vorgeeilt zu ermatten.

China.

Ein wesentlichen Nachrichten liegt heute kaum eine vor. Nur die Meldungen über die „Rettung der Gefandten“ strömen reich — ohne daß die Masse die Glaubwürdigkeit erhöht.

Auch von den militärischen Operationen der Mächte hört man nichts von Belang. Die chinesische Politik bleibt ebenso dunkel wie die „Einmütigkeit“ der civilisierten Mächte.

Warum die Deutschen sich von Tientsin zurückgezogen haben, ist bisher nicht aufgeklärt. Hinter den Kulissen der deutschen Politik scheinen sich lebhaft Kämpfe zwischen den schneidigen Draufgängern eines Raufeseldzuges und den besonnenen Leuten abzuspielden; die jüngeren Militärs, die noch keinen Krieg gesehen haben, neigen offenbar zum frohlichen Zug nach Peking, den älteren behagt die ganze abenteuerliche Weltpolitik nicht.

Die Vorgänge in Peking.

Das „Reuter'sche Bureau“ meldet vom 22. Juli aus Taku: General Li, Kommandant der in der Nähe von Taku gelegenen Peitang-Forts, benachrichtigte den britischen beschließhabenden Offizier bei Taku, daß ein Käufer, welcher Peking am 14. d. M. verlassen, berichtet, daß die Stadt sich in Zustände vollkommener Anarchie befunden habe, die Truppen hätten mit den Boxern gekämpft; letztere hätten die Ueberhand im Kampfe gewonnen. Die Munition der Gelandtschaftswachen sei erschöpft gewesen, die Europäer wären sparsam mit der Gewehrmunition umgegangen. Die fremdenfeindlichen Chinesen hätten eine Anzahl Geschütze auf die die Gelandtschaft beherrschenden Wälle gebracht; die Boxen hätten jedoch einen Anfall gemacht und die Geschütze zum Schweigen gebracht. Li fügte hinzu, er möchte es gerne vermeiden, gegen die Verbündeten zu kämpfen.

Nach einer dem „Reuter'schen Bureau“ aus Tientsin dem 20. d. M. zugegangenen Meldung berichtet ein aus Peking dort eingetroffener Käufer, die Europäer hätten sich am 10. d. M. noch in Sicherheit befunden; es hätten beträchtliche Kämpfe zwischen den Boxern und chinesischen Soldaten im Innern der Stadt stattgefunden.

Dem „Standard“ wird aus Tschifu vom 23. Juli gemeldet: Eine hier aus Peking eingetroffene, vom 10. Juli datierte Nachricht besagt, die in der britischen Gelandtschaft befindlichen Ausländer bedürfen dringend des Entsatzes, unter ihnen herrsche Krankheit, die chinesischen Truppen halten die Belagerung noch aufrecht.

Der französische Minister des Aeußern Declasse erhielt vom französischen Generalkonsul in Shanghai ein von gestern abend 6 Uhr 20 Minuten datiertes Telegramm, welches besagt, Li-Hung-Tschang habe ihm (dem Generalkonsul) die Versicherung gegeben, daß der Gefandte Bichon lebe, Li-Hung-Tschang habe eingewilligt, an Bichon eine Botschaft zu übermitteln und habe fünf Tage Zeit für die Antwort gefordert.

Diese Frist von fünf Tagen wird man nun abwarten müssen; allerdings scheint uns auch dies Versprechen nur den Zweck zu dienen, die Mächte im wirren Ungewissen zu lassen, damit die Chinesen in Ruhe ihre Operationen treffen können.

Der Vormarsch auf Peking.

Das „Reuter'sche Bureau“ meldet vom 19. d. M. aus Tientsin: Man ist hier der Meinung, daß die Verbündeten die Vorwärtsbewegung wahrscheinlich früher beginnen werden, als ursprünglich beabsichtigt war, und zwar möglicherweise schon Ende dieses Monats. Ein endgültiger Beschluß wird vor dem Eintreffen des Generals Gaselee, der in einigen Tagen erwartet wird, nicht gefaßt werden.

Chinesen, die aus den benachbarten Gebieten hier eintreffen, berichten, daß die kaiserlichen Truppen die Boxer töten, wo sie sie nur zu Gesicht bekommen, indem sie erklären, die Boxer hätten sie verleitet, einen hoffnungslosen Streit zu beginnen. Ein intelligenter Chinese äußerte sich dahin, es sei nur eine Frage der Zeit, daß der gleiche Zustand in Peking herrsche, und dann würden wahrscheinlich General Jung und Prinz Tsching genügend Einfluß gewinnen, um die maßgebenden Stellen in Peking zur Eröffnung der Friedensverhandlungen zu bewegen. (??)

Li-Hung-Tschang.

Der Organisator der Verwirrung, hatte mit dem „Times“-Korrespondenten in Shanghai am 23. Juli eine Unterredung. Li erklärte, wenn die Mandschu-Partei sich des schrecklichen Verbrechens, nämlich der Ermordung des Gefandten, schuldig gemacht hätte, so würde er sich unter allen Umständen weigern, die Unterhandlungen zu übernehmen. Li-Hung-Tschang fügte hinzu, die Absicht des Tzung-Li-Namen sei jetzt, die Kaiserin zu bitten, zunächst den Gelandtschaften Nahrungsmittel zu senden, dann Vorkehrungen zu treffen, um die Gefandten unter Begleitung eines Generals nach Tientsin zu senden. Der Kampf in Peking habe aufgehört und die fremden Truppen hätten eine Stellung südlich der Puh-Brücke inne, während die Truppen von Tzungtschang auf der Nordseite stehen.

Bezüglich der Grundlage der geplanten Unterhandlungen sagte Li-Hung-Tschang, Chinas Finanzlage würde dem Lande nicht gestatten, eine Entschädigung zu zahlen, und das Volk würde niemals weitere Gebietsabtretungen zulassen. Er sei der Ansicht, daß die Mächte sich damit einverstanden erklären sollten, wenn man ihnen Zusicherungen gäbe, daß die Verwaltung reformiert wird und die für die jetzige Krisis verantwortlichen Beamten abgesetzt werden.

Ein Vertretersmann Li-Hung-Tschangs aus seiner Umgebung erklärte, Li-Hung-Tschang werde sich nicht nach dem Norden begeben, bis er überzeugt sei, daß die Kaiserin-Witwe die Thronheit der bisher besetzten Politik eingiehe und sich die Erfordernisse der jetzigen Sachlage klar gemacht habe.

Hinter den Kreuz- und Querzügen Li's enthüllt sich ganz klar, daß China nicht daran denke, sich den Mächten demütig zu unterwerfen. China fühlt sich als Herr — trotz der scheinbar ängstlichen Beschwichtigungsversuche.

Ferner wird der „Times“ aus Hongkong vom 23. Juli gemeldet: Bevor Li-Hung-Tschang nach dem Norden abreiste, nahm er den Befehl zurück, das die Schwarzschnellen nach Peking marschieren sollen. Die Schwarzschnellen lagern jetzt außerhalb Kantons und werden von dem stellvertretenden Vize-König überwacht, welcher für die Sicherheit der Fremden in der Niederlassung die Garantie übernimmt.

Die Einigkeit der Mächte.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Tientsin vom 23. Juli gemeldet: Die Russen beabsichtigen, über die ganze Eisenbahnstrecke von Taku nach Peking die Kontrolle auszuüben bis zur Beendigung der Feindseligkeiten, und die Eisenbahnlinie dann wieder den Chinesen zurückzugeben. Admiral Seymour ist entschieden dagegen, daß es den Russen gestattet werde, die Eisenbahn jenseits Tientsins wieder herzustellen, und ist der Ansicht, daß die Briten diese Aufgabe übernehmen sollten. Seine Ansicht wird von allen britischen Einwohnern geteilt. Die Franzosen bemühen sich, die Kontrolle über die Flußschlepper zu erlangen und man glaubt, daß sie sich die Kontrolle mit den Russen teilen wollen. Die britischen Einwohner befürchten, daß die alleinige russische oder französische Kontrolle über die Eisenbahn und die Flußschifffahrt eine erste Bedrohung der britischen Interessen und ein Hindernis für die britischen Operationen bedeuten würde.

In der That, eine rührende Einigkeit. Jede Macht will — das selbe, das aber keine der andern gönnt.

Ein Attentat in Hongkong?

Dem „Daily Express“ wird aus Hongkong vom 24. Juli gemeldet: Am letzten Sonntag fand beim Beginn des Gottesdienstes in der heiligen Kapellkirche in einem anliegenden Hause eine heftige Explosion statt. Die in der Kapelle Anwesenden blieben unverletzt. Die Chinesen behaupten, die Explosion sei einem unglücklichen Zufall zuzuschreiben, haben aber versprochen, daß der Eigentümer des Hauses hingerichtet werden soll.

In der Mandchurien.

Russische Meldungen. Die mandchurischen Truppen unterscheiden sich von den chinesischen Truppen, die von fremden Instruktoren ausgebildet sind. Die Mandchuren entbehren tüchtiger und energischer Generale, während die Chinesen solche bei den Operationen von Tientsin und Taku hatten.

Zur Befreiung Charbins eilen russische Truppen aus Nikolajew und vom Sibirischen Meer. General Bergroß leitet die Verteidigung und es ist Hoffnung auf baldige Verbesserung der Lage vorhanden. Die Verödigung verhält sich den Russen und der Eisenbahn gegenüber freundlich. Mit der Rettung Charbins werden wahrscheinlich auch andre Punkte gerettet sein.

General Grodelow meldet vom 28. Juli: Die Chinesen erneuerten gestern das Bombardement auf Wladowestschend, richteten aber wenig Schaden an. Abends wurde die Beschließung festgesetzt, hörte aber in der Nacht auf. Kosaken überdrückten den Anmarsch und bedrängten die chinesischen Vorkosten. Die Truppenabteilungen unter den Generälen Aljejew und Tschischagow am Sungari schritten vorwärts. Das schnelle Vorgehen der Generale am Sungari hat bewirkt, daß die Chinesen bereits einige Punkte der mandchurischen Bahn geräumt haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juli.

Ein feiner Kopf.

Graf Bülow, der die auswärtige Politik des Deutschen Reichs vertritt, ist lebendwirdig zu den Lesern der bürgerlichen Presse. Und die Leute dieser Presse sind durch ihr Handwerk verpflichtet, die Talente eines Ministers nach seiner Zugänglichkeit und seinen Informationen zu schätzen. So hört man denn in Berlin, München, Frankfurt, Wien, Paris und London — Peking hat ja einstweilen keine Weltblatt-Vertreter in Berlin — das Lob des feinen Kopfes singen — der dankbare Journalist ist immer zu Segensdiensten gern bereit. Höchstens kurren einmal die Agitatoren über den Verbleib der Güter und Korrespondenten. Graf Bülow, der die Verantwortung für den chinesischen Krieg trägt, hat zwar bisher nur einige mäßige parlamentarische Scherze geleistet, dennoch ist er ein feiner Kopf, ein gewandter Staatsmann und was sonst alles noch. Was er auch immer thun mag, es ist klug, würdig, geschickt, elegant, weiblich. Es giebt mehr Bülow-Dyantiner als Kaiser-Dyantiner, und besonders gewandte Preussenschen kriegen sogar das Kunststück fertig, die Chinapolitik der Kaiserreden und die in geradem Widerspruch dazu stehende Politik des geistreichen Grafen gleichermäßen zu bejubeln.

Wir wissen nicht, ob das Publikum den Zeitungsagenten des Grafen Bülow Glauben schenkt, ob es wirklich geneigt sei, den kinafremden Grafen Bülow für einen zuverlässigen Führer in der Chinapolitik zu halten, wo die in Peking selbst vereinigte Diplomatie aller Länder sich als von völliger Unwissenheit und Urteilslosigkeit befangen erweisen hat. Wir vernehmen auch nicht, daß Graf Bülow mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, als irgend ein anderer Minister des Auswärtigen — Dank den eigentümlichen konstitutionellen und personalen Verhältnissen in Deutschland. Immerhin sollte die öffentliche Meinung darüber i. S. Klare kommen können, daß Graf Bülow unter das bescheidene Maß diplomatischer Fähigkeiten hinabsinkt, das auch unter den obwaltenden Umständen in Deutschland an sich möglich wäre. Sein Vorgänger, Herr v. Marschall, den die diplomatische Fronte bis jetzt herabsetzte, war eine ernste, geschickte, arbeitsfertige Persönlichkeit; die auch dem Gegner Sympathie einflößte, wenn er auch vielleicht nicht mit der blendenden Grazie, die seinen Nachfolger zieht, bei Gastmessen im Auswärtigen Amt den Wirt gespielt haben mag. Graf Bülow ist ein jovialer Herr, der lächelnd nach Kantschou gewandert ist, jetzt — nach der Katastrophe — ebenso lächelnd seine Kantschouigkeit in diplomatischen Kundgebungen stilliert und — sein größter Vorzug! — gewissen Einleitungsgefahren gegenüber tapfer die Hand am Hebel der Rotdrehse hält.

Sonst aber läßt sich an seinen Kundgebungen zur Chinafrage nicht viel Vernünftiges wahrnehmen. Sein neuestes Meisterstück ist die Antwort auf das angebliche Vermittelungsgebot des Kaisers von China. Alle Korrespondenten und Redakteure winden sich in Krämpfen der Bewunderung, die „Kreuz-Zeitung“ äußert ihre volle Zustimmung, die „Post“ begrüßt die Antwort des Grafen Bülow mit Befriedigung, das „Berliner Tageblatt“ findet sie „korrekt und würdig“, die „Voss. Ztg.“ nennt sie eine entscheidende und würdige Abweisung. Bereits hört man auch aus London den Beifall der berühmten politischen Kreise.

Und was hat der Graf Bülow geihan? Er hat — so groß wie möglich — der chinesischen Gesandtschaft erklärt, er sei nicht in der Lage das Telegramm des chinesischen Kaisers dem deutschen Kaiser zu unterbreiten. In der That eine geniale Eingebung diplomatischer Erfindungskraft! Nur schade, daß ein vernünftiger Mensch nicht weiß, was damit erreicht werden soll.

Als Herr Delcassé, der französische Minister des Auswärtigen, dem chinesischen Gesandten erklärte, er werde seine Antwort durch den französischen Gesandten in Peking der chinesischen Regierung übermitteln lassen, war das ein effektvolles Epigramm. Graf Bülow trachtete, den französischen Kollegen zu übertrumpfen und wurde zwecklos plump. Wir glauben sogar, daß die chinesische Gesandtschaft in Berlin in der Antwort des Grafen Bülow eine tröstende Bemerkung gefunden haben mag; denn in ihrer eigentümlichen konsequenten Logik wird sie die Sache fälschlich so aufgefaßt haben, daß

dieser schreckliche Graf nicht nur sie selbst sondern auch sogar den deutschen Kaiser unter Depeshencensur stelle, und diese Gleichstellung muß sie erfreuen.

Zur selben Zeit, wie der Graf Bülow, hat der amerikanische Präsident Mac Kuleh seine Antwort auf das Vermittelungsgebot des chinesischen Kaisers erteilt. Sie lautet:

„Ich bin erfreut, zu erfahren, daß Euer Majestät anerkennt, daß die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk nichts weiter von China wollen, als was recht und billig ist. Die Truppen sind gelandet worden, um die Gesandtschaft aus schwerer Gefahr zu befreien und Leben und Eigentum der im Entzug mit den Vertragsrechten sich in China aufhaltenden Amerikaner zu schützen. Aus Euer Majestät Brief geht hervor, daß böswillige Menschen, die den Freiherren v. Ketteler ermordet und die Gesandten in Peking belagert haben, sich im Aufstand gegen die kaiserlichen Behörden befinden. Wenn dies der Fall ist, so lege ich Euer Majestät Regierung hiermit feierlich nahe,

1. öffentlich zu erklären, ob die fremden Gesandten noch leben und in welcher Lage sie sich befinden,
2. den Diplomaten sofortige freie Verbindung mit ihren Regierungen zu gewähren und alle Gefahr für ihr Leben und ihre Freiheit zu beseitigen und
3. die kaiserlichen Behörden in China mit der Entlassung Expedition in Verbindung treten zu lassen, um ein Kooperieren zum Säug der Ausländer und zur Wiederherstellung der Ordnung herbeizuführen.

Wenn diese drei Punkte zugestanden werden, so glaube ich, wird sich einer freundschaftlichen Beilegung aller sich aus den jüngsten Unruhen ergebenden Fragen kein Hindernis entgegenstellen. Die freundschaftlichen guten Dienste Amerikas werden mit Zustimmung der übrigen Mächte Euer Majestät gern zur Verfügung gestellt werden.“

Wir sind Gegner der imperialistischen Politik Mac Kulehs, aber seine Antwort erkennen wir als das an, was die des Grafen Bülow nicht ist — als ein Meisterstück. Sie geht ungenügend auf die Fiktionen der chinesischen Kundgebungen ein und — etwa affektuell — darob. Ohne daß sich Mac Kuleh das mindeste vergiebt, arbeitet er auf die Sympathie Chinas hin; indem er klar und energisch seine Bedingungen stellt, vermeidet er doch jede Drohung, jedes edle Sabelgerassel; er verkehrt mit der chinesischen Diplomatie nach den civilisierten Gepflogenheiten und vermeidet es einkünftig, sie unter eine Ausnahmebehandlung zu stellen. Wir werden uns nicht als falsche Propheten erweisen, wenn wir voraussagen, daß die Chinapolitik der Vereinigten Staaten bei den kleinsten Opfern den größten Erfolg haben wird.

Mac Kuleh ist in Wirklichkeit ein feiner Kopf, wenn auch die ungeschickte bormierte deutsche Presse, die Bülows mißglückte Schmeichelei preist, höhnt, wie — leichtgläubig und optimistisch der Präsident der Union gegenüber chinesischen Lügen sei! Der einfältige Mac Kuleh und der kluge Graf Bülow — es ist nicht zu glauben!

Die deutsche Politik — ach! — sie beherzigt längst nicht den Einspruch, der an dem alten Rothaus zu Nothenburg zu lesen ist: „Regim freundlich und mit willen Thut viel Gah und Gaders stillen, Wer mit dem Kopf will oben auf Der thut viel schaden und richt nichts aus.“

Aufhebung der militärgerichtlichen Oeffentlichkeit.

Der Kaiser hat eine Verordnung erlassen über die Voraussetzungen über Ausschluß der Oeffentlichkeit im militärgerichtlichen Verfahren wegen Gefährdung der Disziplin. Die Verordnung lautet:

„Ich erlasse hierdurch über die Voraussetzungen, unter denen nach Inkrafttreten der Militär-Strafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 das Gericht die Oeffentlichkeit der Hauptverhandlung wegen Gefährdung der Disziplin auszuheben soll, folgende allgemeine Vorschriften. Die Disziplin verlangt, daß auch im gerichtlichen Verfahren das Ansehen der Kommandogewalt, der militärischen Einrichtungen, Verordnungen und Gebrauche erhalten, der Sinn für die unbedingte Unterordnung des Untergebenen unter den Vorgesetzten jeden Grades gewahrt und dem berechtigten Ehrgefühl aller Beteiligten, insbesondere derjenigen des Offiziersstandes, Rechnung getragen wird. Sobald dieser Grundzweck gefährdet ist, sei es nach dem Gegenstande der Anklage, nach den Eigenheiten des zur Verhandlung kommenden Falles, nach der Persönlichkeit des Angeklagten oder den Zeugen, nach zeitlichen oder örtlichen besonderen Verhältnissen, ist die Oeffentlichkeit auszuschließen. Die Prüfung, ob der Ausschluß der Oeffentlichkeit zu beantragen, gehört in erster Linie zu den Pflichten des Gerichtspräsidenten und des Vertreters der Anklage. Aber auch die erkennenden Gerichte sind verpflichtet, ohne solchen Antrag die Oeffentlichkeit für die ganze Verhandlung oder einen Teil derselben auszuschließen, wenn die Voraussetzungen hierfür nach dem vorstehend von mir gegebenen Grundzweck eintreten. Gegeben Neues Palais, den 28. Dezember 1899. Wilhelm.“

Obwohl die Verordnung bereits im Dezember 1899 gegeben worden ist, wird sie erst jetzt veröffentlicht. Man erfährt also sehr spät, daß die durch das neue Militärstrafgesetzbuch eingeführte Oeffentlichkeit des Verfahrens durch die kaiserliche Verordnung im Wesentlichen wieder aufgehoben ist. Von unserer Seite wurde bei den Beratungen über das Gesetz vergebens darauf hingewiesen, daß die Bestimmung, die dem Kaiser die entscheidende Anordnung über die Oeffentlichkeitsfrage überließ, auch konstitutionell bedenklich sei.

Nach der kaiserlichen Verordnung wird kein Prozeß, der Schäden im Heer enthält, öffentlich verhandelt werden. So wird z. B. jeder Mißhandlungsprozeß unöffentlich sein; denn die Militärs werden in einer öffentlichen Erörterung solcher Vorkommnisse zweifellos eine Erschütterung der Disziplin im Sinne der kaiserlichen Verordnung empfinden.

Eine Institution, die die öffentliche Kritik nicht übertragen kann, ruht auf morscher Grundlage. Eine äußerlich erzwungene Disziplin, ein durch Vertuschung und Verheimlichung behauptetes Ansehen — ist wertlos. Das Gesunde, Starke, Lebensberechtigte gedeiht gerade unter dem spähenden Urteil der Kritik. Nur was innerlich bereits überwunden ist, flieht aus der Oeffentlichkeit.

Es ist kein wahrhafter Kraftzuwachs, den das Heerwesen durch die auf dem Wege der Verordnung für alle wesentlichen Fälle beseitigte Oeffentlichkeit erhält.

Ob wohl das Centrum in dieser Verordnung auch wieder einen Erfolg des Reichstags begrüßen wird? —

Deutsches Reich.

Die Fleischsteuer.

Das Fleischschau-Gesetz wird durch kaiserliche Verordnung teilweise vom 1. Oktober 1900 in Kraft gesetzt. Es handelt sich im wesentlichen um den § 12 Absatz 1 des Gesetzes, der lautet:

§ 12. Die Einfuhr von Fleisch in Aufbacht verpackten Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, von Würstgen und sonstigen Gemengen aus zerklüftem Fleisch in das Zollinland ist verboten. Im übrigen gelten für die Einfuhr von Fleisch in das Zollinland bis zum 31. Dezember 1900 folgende Bedingungen: 1. Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Tierkörpern, die bei Rindvieh, ausschließlich der Häuter, und bei Schweinen in Häuten zerlegt sein können, eingeführt werden. Mit den Tierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch das Futter in natürlichem Zusammenhange verbunden sein; der Bundesrat ist ermächtigt, diese Vorschriften auf weitere Organe auszudehnen.

Das Verbot der Einfuhr des „gesundheitsschädlichen“ amerikanischen Wachsenfleisches wird in einem Augenblick veröffentlicht, wo die deutschen Militär- und Marinebehörden massenhaft das „gesundheitsschädliche“ Fleisch ankaufen, um deutsche Soldaten zu verproviantieren. Dieser Widerspruch wirkt geradezu skandalös und wird das Volk gründlich aufklären über den elenden agrarischen Schwindel, daß diese Fleischsperrre aus gesundheitlichen Rücksichten geboten sei, er wird auch keine sehr schmeichelhaften Vorstellungen von einer Regierung verbreiten, die die agrarischen Argumente unterschreibt und gleichzeitig durch ihre eignen Handlungen widerlegt.

Bereits spricht man davon, daß die Militärbehörden genötigt sein werden, zur Verproviantierung der Chinatruppen nach dem 1. Oktober das Verbot einfach dadurch zu umgehen, daß man das Wachsenfleisch, das ins Zollinland nicht eingeführt werden darf, in den Freihäfen Hamburgs und Bremens ankauft.

Auch diese Fleisch-Farce gehört zu der neuesten Weltpolitik. Während man die chinesischen Mauern jenseits des Ozeans stürmen will, baut man sie daheim — und noch dazu nach den Weisungen agrarischer „Wachsenwinder“!

China und das Völkerrecht.

Unsre Professoren, die sonst bei jeder Gelegenheit die öffentliche Meinung zu erleuchten und zu erziehen suchen, — man denke den Platoniummel und die Heize-Campagne — verhalten sich jetzt mäusehähnlich, wo es doch gewiß an der Zeit wäre, gegenüber der vorwärtenden Demoralisierung der öffentlichen Meinung, wie sie die bürgerliche Presse in der Chinafrage Tag für Tag ausstößt, als mahnende Erzieher zur Barmhertigkeit, Wahrheit und Gerechtigkeit anzutreten. Aber ringsum herrscht Schweigen auf dem „Philosophenweg“.

Ein rühmliche Ausnahme macht Professor Wilhelm Förster, der große Astronom, der in der „Ethischen Kultur“ die chinesische Frage von höherer Warte erörtert. In der neuesten Nummer dieser Zeitschrift äußert er sich über die „Verletzung des Völkerrechts“ durch die Gesandten wie folgt:

„Wenn man ganz genau und völlig parteilich die Sachlage betrachte, so ist doch bis zu dieser letzten traurigen Entwicklung der Dinge die Verletzung des Völkerrechts zunächst von den „Kulturvölkern“ ausgegangen.“

Nur vermag man über den erschütternden Ausgang und über alles, was in den letzten Wochen und Monaten vorhergegangen ist, noch nicht klar genug zu sehen, um in dieser Beziehung schon ganz zureichend urteilen zu können, aber das eine steht doch nach allen glaubhaften Nachrichten, die vor dem Beginn der Verlehrs-Unterredungen offiziell zu uns gelangt sind, vollkommen fest, daß die Gesandten keine Abteilungen der Truppen ihrer eignen Länder mit Artillerie nach der Haupt- und Residenzstadt von China haben kommen lassen, allerdings, wie es scheint, mit sogenannter Zustimmung der augenblicklichen chinesischen Machthaber. Was aber diese Zustimmung unter den obwaltenden Verhältnissen völkerrechtlich zu bedeuten hatte, blieb auch für uns, geschweige denn für die Chinesen, mindestens im unklaren. Klein-Klaus darf man es den Führern der national erregten Massen in China für deren Stimmungen unsre Rationale noch auch einiges Verständnis haben lassen, verargen, wenn sie den Eindruck, und natürlich den durch allerhand Gerüchte und Uebertreibungen verstärkten Eindruck gehabt haben, daß durch dieses Einrüden fremder Truppen in die Hauptstadt ihres Landes die Regierung in Unfreiheit gesetzt wurde, und wenn sie dieses Einrüden bei anscheinendem Friedenszustande überhaupt als eine schwere Verletzung des elementaren Völkerrechts empfunden haben.

„Das jenes Einrüden der Schutztruppen in gewissem Grade schon relativ berechtigte Notwehr, wenn auch nur durch eigenes unwilliges Auftreten erforderlich gewordenen Notwehr war, soll nicht in Abrede gestellt werden. Das Hauptrecht hatte eben schon früher statgefunden. Man hatte es durch eine fast unablässige Reihe von Vergewaltigungen und Demütigungen des Landes und seiner Behörden soweit kommen lassen, daß die Gesandten die Volksbewegung zu fürchten begannen. Wenn nun aber das chinesische Volk Anlaß hatte zu glauben, seine eigene Regierung befände sich in ihrer Hauptstadt bereits in der Waffen-gewalt der Fremden, ist es dann zu verwundern, daß von da ab die chinesischen Volksmassen die Gesandten nicht mehr als die durch das Völkerrecht geheiligten friedlichen Vertreter der andern Staaten, sondern überwiegend als die Chefs der fremden militärischen Besatzungen ihrer eignen Hauptstadt angesehen haben?“

„Alle die Forderungen und Mißgriffe, die unsren eignen Volksgenossen ebenso wie den Angehörigen der andern Kulturstaaten in der Vorgeschichte dieser schrecklichen Ereignisse zur Last fallen, werden sicherlich, wenn man alle Verletzungen des Geschehens kennen und abwägen wird, viele Widerungsgründe für sich haben.“

„Wer sich aber, inmitten leidenschaftlicher Wallungen des Jornes oder des Mitleids, fittlich gesund und im Verstande entprechender Einsicht und Thakraft erhalten will, der muß sich auch alles unwillig vor die Seele bringen, was zur Aufhebung und Wäderung des Urteils über die Gegenseite dienen kann.“

Die Uebereinstimmung unsrer Anschauungen über die Frage mit einem Wilhelm Förster vermöchte uns ermutigen über die gegen uns geprühten Gemeinheiten der Stumm- und „Kreuz-Zeitungs“-Soldat zu trösten, wenn wir eines solchen Trostes bedürfen; in Wahrheit sind uns ja die Beschimpfungen seitens der Gegner nur Beschäftigungen, daß wir im Rechte sind.

Graf Bülow begiebt sich am Donnerstag zum Vortrag beim Kaiser nach Bremerhaven. —

Die Sache ist mein! spricht der Herr. Aber der christliche Reichsbote denkt anders und stellt sich über den Herrn, obgleich dieser nach der Bibel der Herr der Herrscher ist. Der Gedanke, daß falls die Nachricht von der Rettung der Gesandten sich bestätigt, das Kriegsgewölke in China aberflüchtig sein sollte, macht dem frommen, christlichen Reichsbote ganz rabiat. Die Herren in Peking, so rast er ingrinnlich aus, würden hinterdrein nur über Europa lächeln, das sich auf so leichte und bequeme Art in den rächen den Arm fallen ließ.“

Es muß also auf jeden Fall eine Rassenmehlei veranfaßt werden, damit das christliche Gewissen sich beruhigen kann. Der fromme „Reichsbote“ erimert uns an jenen gleichnamigen Parter in Zürich, der 1839 bei den „Straußen“-Krawallen (gegen David Strauß) einem Haufen aufgebehter Bürger zurief: „Im Namen Gottes schießt!“ Der Mann hieß Ditzel. „Im Namen Gottes schießt!“ — das ist auch die Devise des christlichen „Reichsboten“. Und da will man den Chinesen verargen, daß sie von solchem Christentum nichts wissen wollen! —

Eine bürgerliche Stimme aus der Schweiz. Während die deutsche Vögelerspreche rohrspagenmäßig auf uns schimpft, weil wir

nicht so inkonsequent sind, wie sie, erkennt die bürgerliche Presse der von der Weltpolitik-Seuche verschont gebliebenen Schweiz die Korrektheit unserer Haltung in der China-Frage an. So schreibt z. B. der demokratische „St. Gallener Stadtanzeiger“ (vom 20. d.): „Aus den Blättern Deutschlands namentlich schallt als Antwort auf den Christenmord in Peking der Ruf nach blutiger Rache. Wer auf den Widerstand hinweist, das vergossene Blut der Europäer dadurch zu säubern, daß dafür so und so viel Tausende von Chinesen zusammengehauen und erschlagen werden, der wird in vornehm sein wollenden Blättern, wie den „Münchener Neuesten Nachrichten“, mit einem Tollhändler auf die gleiche Linie gesetzt und überhäuft mit niederträchtigen Schimpfwörtern. Punkt fanatismus haben die deutschen Patrioten in diesen Tagen den französischen Chauvinisten nicht gerade viel vorzuzusetzen. Von Humanität und Christentum ist in den Spalten der deutschen Blätter nichts zu verspüren, welche die chinesische Bevölkerung lieber heute schon als morgen mit Stumpf und Stiel ausrötelten.“

Sie sehen nicht ein, daß Europa durch einen derartigen Nachseufzug, welcher überdies enorme Opfer kosten würde, China erst recht revolutionieren müßte. Und mit diesem Millionenreich ist nicht so leicht fertig zu werden, wie mit den Koffern in Centralafrika. In den bisherigen Kämpfen haben sich die Chinesen als unüble und sehr gewandte Soldaten ausgewiesen. Enorme Mengen moderner Kriegsmaterials wurden in den letzten Jahren unter den Augen der fremden Gesandten eingeführt. Kruppische Geschütze und französische Gewehre. Deutsche Instruktoren brachten die Chinesen auf die Takis ein, welche den neuen, weittragenden Geschossen gegenüber zu beobachten ist. So kam es, daß die europäischen Truppen in China ihre bisherigen Erfolge mit schweren Verlusten an Menschenleben erkauft zu müssen.

Die Todfeindschaft der „civilisierten“ Mächte untereinander würde — das bürgerliche Blatt übernimmt im folgenden Satze aus dem „Vorwärts“ — im Weltbrand auflodern, wenn man eine Aufteilung Chinas versuchte — vorausgesetzt, daß sie überhaupt möglich. Es giebt keine kriegerische gemeinsame Aktion der Mächte, die zum wirklichen Frieden führen könnte. Der Feldzug der Mächte würde sich an den Mächern selbst rächen. Es ist Gefahr, daß man über der ziellosen menschenmordenden Aktion der Mächte aufs neue eine Aktion der Rettung verübt, so lange sie noch möglich ist — die Rettung des Weltfriedens.

Noch ein andres Moment ist es, das die Mächte und speziell Deutschland von dem blutigen Revanchefeldzug abhalten sollte. Es ist ein aufblühender Handel mit dem tausendjährigen Reich, der auf Jahre hinaus gestört werden müßte, wenn die Aufstandsbewegung gegen die Europäer noch weitere Provinzen ergreifen würde.“

In ähnlichem Sinn spricht sich „La Revue“ von Louvaine und eine Anzahl sonstiger Blätter aus — deutsche wie französische.

Ein bemerkenswertes Urteil über Wachstum und Wirksamkeit der Arbeiterorganisationen fällt der Münchner Fabrikinspektor Baerisch in seinem neuesten Bericht. Der Beamte weist zunächst auf die starke Zunahme der Gewerkschaften seines Bezirkes hin. Während in Mainz im Jahre 1895 erst 17 Gewerkschaften mit 1869 Mitgliedern vorhanden waren, gab es 1898 deren 21 mit 2842 Mitgliedern, die sich im Lauf des Berichtsjahres (1899) auf 84 Organisationen mit 4420 Mitgliedern vermehrten. (Zwischenzeitlich ist die Zahl der organisierten Arbeiter bereits über 5000 gestiegen.) Die Frage nach den Gründen dieser raschen und kräftigen Entwicklung beantwortet Herr Baerisch wie folgt:

„Unterliegt man die Frage, durch welche Veranlassung die Organisationen solche Fortschritte gemacht haben, so sind diese wohl zunächst der regen Agitation zuzuschreiben. Mittel zur Agitation waren in erster Linie das Gehej zum Schutze der Arbeitwilligen (S), ferner im Vaugeterbe der Säug gegen den Terrorismus der Streikenden. Dann wurden die Arbeiter einander näher gebracht durch die Streiks der Maurer, Zimmerer und durch einige auswärtige Streiks, welche von hier aus unterstügt wurden. Auch in diesem Jahre konnte wieder die Beobachtung gemacht werden, wie das Gewerkschaftsnetz sich allmählich einzeln einzeln Fabriken mit ihren Arbeitern und ganzer Gewerkegruppen auf glücklichen Wege zu schließen versuchte und vor einem voreiligen Streik warnte, da ein Anstand nur als das allerletzte Mittel angesehen wird. Es wurde auch vom Gewerkschaftsartikel nicht veräußert, den Arbeitern neue sozialpolitische Gesetze bekannt zu geben und durch geeignete Sachverständige erklären zu lassen. Selbstverständlich wurden auch in einzelnen Gewerkschaften gesellige Veranstaltungen abgehalten.“

Es ist zu begrüßen, daß sich die Einsicht von der Notwendigkeit und Nützlichkeit des gewerkschaftlichen Zusammenlebens der Arbeiter unter den süddeutschen Aufsichtsbearbeitern immer mehr Bahn bricht.

National-antinationl-international. Die „Post“ hat entdeckt, daß wir unser Prinzip der Internationalität, das wir noch in dem Begründungsartikel zum internationalen Regilarbeiter-Kongress so scharf hervorgehoben hatten, plötzlich über Bord geworfen hätten. Da unsere Leser unsre überaus glückliche Meinung vernünftig entgegen sein wird, sei ihnen mitgeteilt, daß die „Post“ unsre Beschreibung zum Nationalismus, und zwar zu einem Nationalismus, der selbst der „Post“ zu borniert erscheint, darin erblickt, daß wir das arbeitserfreundliche Verhalten der Hamburger Werkbestzer gebührend anerkannt hätten, die lieber ihren Betrieb einstellen, 3000 ihrer Arbeiter aufs Straßengelände werfen und die dringenden Arbeiten ausländischen Werkern übertragen, statt einigen hundert Metern der Reichsriegelwerk ihren Stundenlohn auf 48—47 Pf. zu erhöhen, während der Stundenlohn der Meter der übrigen Hamburger Werkern bereits 45—48 Pf. beträgt. Diese Brutalität, diese unwillige Auslieferung Tausender von Arbeitern, diese ganz unüblige Übertragung von Arbeiten an ausländische Unternehmungen, die von einheimischen Arbeitern verrichtet werden konnten; wenn nur die Hamburger Geldprogen einen winzigen Teil der Summen, die sie aus Arbeiterfeindschaft opfern, den streulenden Metern gegolbt hätten, all diese unüblige und antinationale Brutalität hätten wir gebührend anerkannt als arbeitserfreundlich und — allerdings nur beiläufig und andeutungsweise — als nichts weniger als national bezeichnet.

Ferner hatten wir, indem wir einmal den Gedankengang der für das Justizhaus schwärmenden Echarmacher für einen Augenblick transigieren und zu eigen machten, den Nachweis geführt, daß, wenn irgend jemand, so die Hamburger Terroristen nach dem Abfalle des § 8 der Justizhausvorlage ins Justizhaus gehörten, da sie sich gerade den Augenblick zu ihrer „Arbeitsprobe“ andersehen hätten, in dem sie ihre Verpflichtung zur Instandsetzung der für die ostasiatischen Truppentransporte bestimmten Dampfer vertragsgemäß zu erfüllen hätten. Wir hätten damit blühend den Beweis des antinationalen Verhaltens der Hamburger Arbeitgeber — sowohl in unserem Sinne, wie in dem der Echarmacher — geliefert. Trotzdem behauptet die „Post“, wir wären „national“ geworden. Eine Behauptung, die weder paradox noch geistreich ist, sondern einfach beispiellos albern. Diese Albernheit enthält freilich die abgrundtiefe Verlogenheit und Völlerei des Nationalismus der „Post“. Die Unternehmer dürfen sich in der gemeingefährlichsten Weise gegen die Interessen der Arbeiterklasse, des Volks verständigen, sie dürfen in der frivollsten Weise kraft ihres Kapitals, das doch einen Teil des „Nationalvermögens“ ausmachen soll, gegen die Volkswohlfahrt wüten, sie dürfen selbst, um im Sinne und Jargon der Echarmacher zu sprechen, schändester Profitgier eine Gefährdung der Sicherheit des Reichs“ herbeiführen, sie sind und bleiben „national“. Diese Sorte von Nationalismus nicht einmal mit dem Rodämel zu streifen, halten wir allerdings für eine Anstandslosigkeit aller nur etwas auf Reintlichkeit haltenden Menschen.

Der Verurtheilte Schlumberger in Wien. Aus Elfaß. Rothringen schreibt man uns vom 24. d. M.: Die bereits mitgeteilt, hat der tapfere Herr Schlumberger, der „gloreiche“ Sieger über den socialdemokratischen „Unsinn“ in Sachen seiner Wahlerziehung über die ihm im Jahre 1888 ausgezogene Begründungsrede an den Statthalter vor dem Demetri der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ bereits soweit den Rückzug angetreten, daß er die ursprüngliche Behauptung, es sei damals ein Polizeikommissar mit einer Namensliste von 50 einheimischen Personen bei ihm erschienen, um ihn durch die Drohung mit der Ausweisung derselben zur Uebernahme jener Ansprache zu bestimmen, in einer Erklärung seines Wahlkomitees dahin modifizierte, nicht ein Polizeikommissar habe das gethan, sondern der damalige, inzwischen längst verstorbene Kreisdirektor Hartenstein sei es gewesen. Nun hat der amtliche Monteur des Ministeriums Buttlamer in einem zweiten Dementi dem neuen Vertreter der Stadt Wilschhausen aus dieses Pallium in Freyen. Nachdem sie festgestellt, daß die ganze Erzählung von dem bei Herrn Schlumberger mit einer Liste von 50 auszuweisenden Personen erschienenen Polizeikommissar in allen ihren Zellen falsch ist, fährt die „Straßb. Korr.“ fort:

„Wenn nun jetzt, wie es nach der Erklärung des Wahlkomitees den Anschein hat, Herr Schlumberger, im Widerspruch mit seinen früheren Angaben, sich allein auf eine Unterredung mit dem damaligen — inzwischen längst verstorbenen — Kreisdirektor Hartenstein beruft, so läßt sich freilich nicht mehr feststellen, was bei diesem Anlaß etwa über die Begründung des kaiserlichen Statthalters gesprochen worden ist. Es ist aber im höchsten Grade unwahrscheinlich, scheint vielmehr völlig ausgeschlossen, daß der genannte Beamte Maßregeln angedroht haben sollte, die ganz außerhalb seiner Zuständigkeit lagen und von denen er, da seine sämtlichen politischen Ausweisungsbefehle bereits seit einem Jahre definitiv erloschen waren, wußte, daß ihre Ausführung von der zuständigen Stelle abgelehnt werden würde.“

Herr Schlumberger wird übrigens Gelegenheit haben, in dem gegen den Redacteur des „Journal de Colmar“ in dieser Angelegenheit eingeleiteten Strafverfahren den Widerspruch zwischen den verschiedenen ihm zugeschriebenen Aeußerungen aufzuklären.“

Wenn Herr Schlumberger Wert darauf legen sollte, unter die anständigen Politiker gerechnet zu werden, so müßte er die Verpflichtung anerkennen, der Öffentlichkeit, insbesondere aber seinen Wählern schon jetzt, und zwar unverzüglich, das Beweismaterial für die von ihm aufgestellten Behauptungen zu unterbreiten.

Beim Dreischrafen.

Um berührt zu werden, die Rengler des tausendköpfigen Ungehörers Publikum zu erregen, bedarf es weder des Genies, noch jener außerordentlichen Anstrengungen, durch die zweifellos ein mittel-mäßiges Talent an Leistungen hinanreicht, wie sie nur das Genie zu vollbringen vermag. Auch moralische Eigenschaften positiver und negativer Art sind zur Verwirklichung nicht nöthig. Man kann die allgemeine Aufmerksamkeit schon billiger als durch einen sensationellen Mord auf sich ziehen. Der Wundermann Damm hat uns auch das ganz besonders bewiesen. Und zwar mit seiner reichhaltigen Kollektion menschlicher Anstößigkeiten. Die war das Podium dieser menschlichen Seltsamkeiten umlagert. Und zwar interessierten die dort gezeigten Künste — des Fuchstülers, der Schwertschleuderin, der Prestidigitatense usw. — weit weniger, als die natürlich-unmoralischsten Besonderheiten des lebenden Maritadnabstammes. Je abnormer die krankhafte Mißbildung der angestauten Unglücklichen war, desto lebhafter erregten sie das Interesse der sie umdrängenden.

An die Abnormitäten der „größten Schaustellung der Welt“ erinnert auch die neueste Attraktion der Berliner Antisemiten, der Graf Pädler aus Klein-Tschirne. Das Lesen und mehr noch das Hören seiner berühmten Dreischrafen erregt genau dieselben Gefühle, wie die grotesken Mißbildungen der Varnum-Ausstellung: einen grauenhaften Lachhül und ein mit Lachkonvulsionen vermischtes Weiden. Wenn sich schon vom Standpunkt der Humanität und Menschlichkeit aus viel gegen die Schaustellung der körperlichen Monstrositäten einzuwenden liegt, um wie viel mehr liegt sie erst gegen die schamlose Schaustellung der geistigen Abnormität! Dergleichen Erwägungen freilich sind der Masse fremd, und die Antisemitenversammlung, der Dienstag abend der Graf Pädler zum drittenmal seine Dreischrafen vortrug, verpflanzte nur dieselbe unzüchtige Sensations- und Lachlust, die die große Masse etwa dem Fudelmenschen oder dem Mikroskopalen Zip gegenüber befallen hatte.

Im übrigen weiß der Berliner, was er sich als Großstädter schuldig ist. Auch Pädler zieht schon nicht mehr recht, denn die letzte Versammlung war nur von ca. 600 Personen besucht. Zudem schien es antisemitisches Stammpublikum zu sein, was sich eingefunden hatte. Man sah es den Leuten eigentlich gar nicht an, welcher Stadtansässigkeit sie fähig sind. Kleine Geschäftleute, Subalternbeamte, ein paar Studenten, dazu einige besser situierte Kaufleute und etliche höhere Beamte. Der Gesamtbesuch war bei einer gewissen schlichten Speichergelächlichkeit und geistigen Anspruchlosigkeit. Von fanatischer Erregung, von einer elektrischen Geladetheit keine Spur. Und selbst als das Travorufen und Weisheits-Natzen bei den Pädlerischen Dreischrafen schier kein Ende nehmen wollte, zögten diese geräuschvollen Demonstrationen nichts von zorniger Erregung, vielmehr eine phlegmatische Behagen am harmlosen Kabau.

Der Löwe des Abends, Graf Pädler, hielt im wesentlichen wieder genau die Dreischrafen, die wir bereits des öfters lippstütelnd und mit einem leisen Mithraen gegen die Wahrheitstrenne der Reichs-erflatter genossen hatten. Komte wirklich ein Mensch mit fünf gesunden Sinnen bezorrige Neben halten? Nun, Graf Pädler spricht genau so, wie das in der liberalen Presse berichtet wurde. Er fordert Dugende von Malen in so ungezügten durcklosten Wendungen dazu auf, die „verfluchten, verdammten Kerle“ von Juden zu hauen, zu hauen und abernals zu hauen, daß man unwillkürlich das Staunen über Redner und Ueberwachende vergißt und herabst in die dröhnenden Lachsalben einhimmelt. Der Dreischraf ist mit seinen dreifach variierten Aufforderungen, die Juden zu hauen, zu hauen, ja endlich einmal zu hauen, so unglaublich komisch, daß selbst ein so beispiellos naives Publikum wie das der antisemitischen Versammlungen sich dieses Komik nicht zu entziehen vermag und sich förmlich ausschüttelt vor Lachen. Die animierten Hörer sehen sich um mit der Miene: Nein, ist etwas so Huergefehrschüttelndes schon dagewesen? Eine ältere Dame, die in unserer Nähe saß, mußte förmlich nach Lust schnappen nach jedem Lachsalbe.

Neben den gemüthlichen Aufreizungen zum Verhalten der verdammten Judenbande ergeht sich Graf Pädler zu Zeiten in seinem stürzenden Rathos, das von der herabdrückenden Art seiner gewöhnlichen Redeweise doppelt abstricht und augenscheinlich andern Mustern nachgebildet ist. Das deutsche Volk muß z. B. werden „rauh, hart, eiserne, gepanzert.“ Dies geschmacklos Kriegervereinbathos, das doppelt geschmacklos wird, wenn es sich in sentimentaler Stimmungsmalerei ergeht, ist indes etwas künstlich aufgeschraubtes, originell ist der Dreischraf erst dann wieder, wenn er zum Anfang und Schluß seiner Rede vom Dreischen sprechen kann. Hier liegen die starken Wurzeln seiner komischen Kraft, hier entfesselt er die anhaltendsten Weisheitsfälle.

Neben Pädler selbst erregt in einer Pädlerversammlung der überwiegende Beamte das meiste Interesse. Wer erfahren hat, wie ungemein fündig die preussische Beamtenfeindschaft in der Entdeckung eines Grundes zur Auflösung der Versammlung ist, der kann nicht genug staunen über die eiserne Kaltblütigkeit, die beispiellose Selbstbeherrschung des Kommissars. Was der Dreischraf in Aufreizungen zu Gewaltthätigkeiten leistet, ist sicherlich das Stärkste, was jemals von einem antisemitischen Demagogen geleistet worden ist. Und sicherlich ist es nicht seine Schuld, wenn sein heiliger Jurgimm in schallenden Lachsalben verpufft. Man mißverstehe uns

nicht: nichts schiene uns verkehrter, als wenn man den Dreischrafen zum Märtyrer seiner geistigen Abnormität machen würde, auch gehört er ja unaufrichtig zu der Gattung der Ungefährlichen. Wir gönnen den Antisemiten von ganzem Herzen jede Redefreiheit, selbst die des Tollhauers; wenn wir uns deshalb mit der überhörten Toleranz der Polizeibehörde in diesem Falle beschäftigen, so geschieht das nur, um lediglich den gebührenden Teil dieser Toleranz auch für uns in Anspruch zu nehmen.

Mit Pädlers Rede war unser Interesse an dem Antisemiten-meeting erschöpft. Das Dr. Dähler in schlechtgekleideter, punktenloser Rede über die königliche Nordafrika erzählte, hat man längst viel „überzeugender“ in der „Staatsbürger Zeitung“ lesen können. Für den Geist dieser Rede ist kennzeichnend, daß Dähler meinte, der Erfolg der antisemitischen Königsthege werde jedenfalls der sein, daß Juda beim nächsten Passahfest etwas — vorichtigter sein werde. Außerdem konnte der Redner sich bereits in dem Maritrium des der „Staatsbürger Zeitung“, wie gestern bereits gemeldet, bevorstehenden Aufreizungsprozesses. Hoffen wir mit Dr. Dähler, daß es noch „deutsche Richter“ giebt.

Das obliegende Kaiser-Telegramm wurde erst nach einer Diskussion beschlossen. Herr Dähler, von der Abwendung Abstand zu nehmen, da, wie das stets ausbleiben jeder Antwort beweise, das Telegramm nicht zur Kenntnis des Kaisers gelange. Pädler behauptete jedoch, daß jedes Telegramm dem Kaiser vorgelegt werde, weshalb die Versammlung sich für die Abwendung eines Subdivisions-Telegramms erklärte. Die in der Ignorierung der bisherigen Kreuzgelände liegende Antwort konnte die teutschen Männer natürlich nicht abhalten, von neuem dem angeclamten Herrscherhause Treue zu geloben.

Ausland.

Belgien.

Durch Pfaffentung sind unsere Genossen um ein Mandat gebracht worden. Gegen je eine Wahl in Berviers und in Mons war Protest erhoben — gegen diese von unsrer Seite, gegen jene von Seiten der Merkale. In beiden Fällen hatten wir ungewissheit die Mehrheit, allein die pfäffische Kammer-Majorität wußte es so zu drehen, daß der Sitz in Mons den Merkalen erhalten blieb und der in Berviers um gerant wurde; was natürlich nicht ohne einige heftige Szenen abging. Allein gegen die Majorität war nicht anzulämpfen. Die Zahl der socialistischen Mandate beträgt also jetzt nur 31.

England.

Unterhaud. Bei Beratung des Kolonialstats bespricht Sidney Dugton die in dem letzten Vaubuch über Südafrika behandelten Fragen und fährt aus, die Bestrafung der Auffständigen blühe nicht nachlässigen Charakter haben oder von politischen Erwägungen geleitet sein. Redner rät der Regierung, bei der zulässigen Regelung der Dinge in Südafrika bedächtig vorzugehen. Sir Wilfrid Lawson beantragt einen Adressen am Stat als Protest gegen die Politik Chamberlains in Südafrika. Dieser Antrag wird von Sir Robert Reid mit dem Bemerkten unterstügt, daß die Politik der Regierung die jegliche unerquickliche Lage in Südafrika verschuldet habe. Hierauf ergreift Chamberlain das Wort.

Serbien.

Neues Kabinett. König Alexander, der Krönigam, hat nunmehr ein neues Ministerium zu stande gebracht. Anlässlich seiner Verlobung plant er eine Amnestie.

Amerika.

Die Revolution in Venezuela ist beendet. Die Reuters Bureau aus Caracas meldet, ist in der ganzen Republik Venezuela der Friede verhandelt. Die politischen Gefangenen wurden freigelassen.

Aufstand in Columbia. „New York Herald“ meldet aus Panama, daß in der Nähe der Stadt Panama gekämpft wird, und daß die Regierungstruppen den Auffständigen hartnäckigen Widerstand leisten. Die Regierung hoffe durch Verstärkung ihrer Truppen der Auffständigen Herr zu werden. Alle felddienfähigen Bürger sind zu den Waffen gerufen. Bisher zählt man 200 Tote und Verwundete.

Afrika.

Vom Kriegshauptquartier in Transvaal liegen eine ganze Reihe Meldungen vor, aus denen ersichtlich ist, daß der Widerstand der Boeren noch nicht gebrochen ist. Die Nachrichten stammen alle aus englischen Quellen und berichten demgemäß fast ausschließlich von englischen „Siegen“. So melden „Daily News“ vom 24. d. M. aus Laurence Marques, daß der Kommandant der Boeren Komatipoort auf der Grenze des Swazilandes von einer englischen Patrouille getödtet worden sei.

Die „Times“ berichtet vom 22. d. M. aus Waterval: General Clerx marschierte heute gegen Waterval. Auf dem linken englischen Flügel fand ein Pädler-Gesicht mit einer beträchtlichen Anzahl Boeren statt.

Wie die Blätter vom gestrigen Tage aus Kapstadt melden, hatte die Carrington- und Rhodessa-Feldtruppe das erste Gesicht mit dem Feinde; sie griff gestern die Boerenstellung am Selous-Fluß an und nahm dieselbe nach einem heftigen Gesicht im Sturm. Die Engländer hatten 4 Tote und 19 Verwundete; die Verluste der Boeren sind schwerer.

Einen weiteren „Sieg“ der Engländer erleichterten die Boeren dadurch, daß sie sich zurückzogen, ohne den Kampf aufgenommen zu haben. Dem Reuters Bureau wird aus Cronkhorst Spruit vom 24. Juli gemeldet: Als die Boeren erfuhren, daß die britischen Truppen vorrückten, räumten sie alle ihre Stellungen. Es wird jetzt berichtet, daß sie in nordöstlicher Richtung marschierten und zwar nach Lydenburg, wohin sich auch Präsident Krüger begibt. Ein Teil des Feindes bleibt nördlich von Puffels, von wo aus er versuchen will, die britischen Verbindungslinien abzuschneiden. Die Verluste sind hier völlig zerstückt, auch zwei kleinere Becken zwei Meilen westlich. Es wird für unwahrscheinlich gehalten, daß dem Vormarsch der britischen Truppen nach Middelburg Hindernisse in den Weg gestellt werden.

Von einer englischen Niederlage meldet Lord Roberts in einer Depesche vom 24. Juli: „In der Nähe von Robodol wurde vom Feinde ein Vorrathung erobert, in welchem sich 2 Offiziere und 200 Mann wasser fähigere befanden. Die meisten derselben wurden gefangen genommen. Roberts meldet ferner: Baden-Powell habe vom Majatopah vom 22. Juli berichtet: Die Obersten Allen und Luffington mit nur 400 Mann vertrieben 1000 Boeren aus einer starken Stellung und zerstreuten sie, indem sie ihnen große Verluste bebrachten. Die Verluste der Briten betragen 6 Tote, 19 Verwundete.“

Partei-Nachrichten.

Für Parteizwecke gingen am 3. d. M. ein: Die Kommunisten 124,20. Radikale 83,02. Brand 7,65. Vaurath 350,—. Lohr 22,20. Neues Jahrbuch 50,—. Geburtsstag W. 3,—. Hermann 5, 44,10. Hermann St. 30,—. Hermann W. 1,—. Hermann St. 33,80. Bapertische Juidau 14,80. Aug. M. 7,—. Heimer Dadd 6,30. Tälner 9,00. Seger und Druckerpersonal S. V. 17,—. Windhorst 6,10. Robert M. 2,15. Wilhelm 8,75. Summa 771,31 M. r. l.

Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück fand am vergangenen Sonntag in Struth bei Esch statt. Anwesend waren 20 Delegierte aus 10 Orten; die Zeitung lag in Händen des Genossen Heinrich Schulz-Erfurt. Die Einnahmen und Ausgaben der Kreisliste balancieren mit 1048,87 M. Der wichtigste Verhandlungsgegenstand war die Beratung neuer streifer Kreisorganisationen, wie sie die seit dem 1. Januar neu-geschaffene Lage gestattet. Das einstimmig angenommene Kreis-

Statut sagt im § 1: „Der Wahlverband für den Reichstags-Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Regenrad bildet die gemeinsame Organisation der socialdemokratischen Vereine sowie der einzelnen Genossen in denjenigen Orten, in denen noch keine Partei-Organisation besteht. Der Verband kann in einzelne Agitationsbezirke zerlegt werden.“ Vorort des Verbands ist Erfurt. Der Vorstand des dortigen Socialdemokratischen Vereins bildet gleichzeitig den Centralvorstand. Zum Delegierten für den Parteitag in Mainz wurde Redacteur Heinrich Schulz gewählt.

Simon Deccure, (Sprich: Deröfe), einer der Gründer des internationalen Socialismus in Frankreich und Mitglied der Kommune von 1871 ist am 19. d. M. in Paris gestorben. Schuhmacher von Beruf, kam er sehr früh in die socialistische Bewegung und hat bis wenige Tage vor seinem Tod, als Mitglied der (Marxistischen) Arbeiterpartei ein Leben unermüdlicher Tätigkeit und ununterbrochenen Kampfs geführt.

Ehre seinem Andenken!
Die französische Arbeiterpartei (Marxistisch) wird ihren heutigen Jahreskongress am 21. und 22. September, also unmittelbar vor dem internationalen Arbeiterkongress, in Paris abhalten. — Der allgemeine Kongress der vereinigten socialistischen Fraktionen Frankreichs wird unmittelbar nach dem internationalen Kongress stattfinden. —

Socialistische Demonstrationen in Kongress-Polen. Wenn in einem Lande alle Arbeiterversammlungen auf das strengste verboten sind, muß die socialistische Organisation originellere Mittel suchen, um auf die Massen zu wirken. In letzterer Zeit hat die **socialistische Partei Polens** mit gutem Erfolg bei den Begräbnissen der Genossen Demonstrationen eingeführt. Die Arbeiter versammeln sich in großen Massen, bilden regelrechte Glieder und begleiten den Zug unter Abingung revolutionärer Lieder bis zum Kirchhof. In Warschau, wo die Begräbnisdemonstrationen recht oft vorkommen, zieht auch ein großes Polizeiaufgebot den Zug und bemüht sich vergeblich, die Genossen an der letzten Ehre der Verstorbenen zu stören. So kommt es oft zu Zusammenstößen mit der Polizei und schon dadurch übt das Begräbnis eine agitatorische Wirkung auf die Massen aus. Seit einiger Zeit hat man auch in anderen Mittelpunkten der polnischen socialistischen Bewegung Demonstrationen bei Begräbnissen veranstaltet. Sie haben schon in Dabrowa Gornicza — dem Centrum der polnischen Berg- und Hüttenarbeiter-Bewegung — stattgefunden und lehrten auch in Lodz — dem polnischen Manchester. Vor einiger Zeit wurde dort die erste Begräbnis-Demonstration veranstaltet. Sie galt dem Fischer Lemanski. Es folgten etwa 1500 Genossen, die sich in Reihen zu acht Personen gruppierten. Der Zug ging vom Hause des Verstorbenen zur Kirche und von dort zum Kirchhof. Viele Arbeiter hatten rote Schiffe angelegt, was der Polizei gar nicht gefallen wollte — es war ein unverkennbares Zeichen der verhassten Gesinnung! Am Ende der Stadt nahm man den Sarg auf die Schultern und trug ihn 3 Kilometer, die „Rote Fahne“, die „Warszawianka“ und andre revolutionäre Lieder singend. Den Demonstrierenden folgte ein großes Publikum. Das Begräbnis, welches nicht einmal von der völlig unvorbereiteten Polizei gestört wurde, machte auf die ganze Stadt einen gewaltigen Eindruck.

Es muß überhaupt festgestellt werden, daß die Arbeiter Lodz, welche nach dem gräßlichen Blutbad des Jahres 1892 — die russische Soldateska hatte bei der Maffier 40 Arbeiter getötet — sich bisher passiv verhielten, jetzt erwachen und mit großer Energie das Verhängnis nachholen. Erst vor einem Jahre veröffentlichte die Polnische socialistische Partei den ersten Aufruf an die Lodzer Arbeiter — und heute umfaßt die geheime Parteiorganisation der Stadt Tausende und Abertausende. Derselbe Fortschritt ist ersichtlich auch in allen umliegenden Fabriken der polnischen Textilindustrie zu verfolgen. Sie sind alle von der „P. S. P.“ gewonnen und in ihre Organisation eingegliedert.

Cyber eines Aprilscherzes. Ein uns befreundetes Blatt in Südamerika, die „Germania“ von Sao Paulo, Brasilien, brachte zum 1. April eine Korrespondenz aus Europa mit der Nachricht, daß Liebknecht aus der Socialdemokratie ausgetreten sei und in der Stummhingen „Post“ die Gründe dieses Schrittes auseinandergesetzt habe. In der betreffenden Notiz hieß es:
Der deutsche Reichstags-Abgeordnete Liebknecht ist plötzlich und ohne ersichtlichen Grund aus der socialdemokratischen Partei, zu deren Führern er seit ihrer Begründung gehörte, ausgetreten und hat sich der nationalliberalen Gruppe des Reichstags als Hospitant angeschlossen. Unter den Genossen herrscht naturgemäß nicht geringe Aufregung, der das „Hamb. Echo“ und andre Parteiblätter einen kräftigen Ausdruck geben. Man nimmt im allgemeinen an, daß Liebknecht diesen Schritt gethan habe, um die Beamtenlaufbahn seines Sohnes, der bekanntlich als Gerichts-Assessor in Breslau lebt, nicht zu gefährden.

Liebknecht hat in der „Post“ eine „Rechtfertigung“ seiner Handlungsweise unterkommen, der folgende Stellen entlehnt sind:
... Aber wie gesagt, gerade was die Socialisten ihren Gegnern vorwerfen, fällt auf sie in erhöhtem Maße zurück. Sie wollen eine Partei des Fortschritts bilden und belächeln dabei die Auffassung seiner Majestät, daß ihre eigne Doktrin eine vorübergehende Erscheinung sei; sie beanspruchen die Zukunft für sich, und vertragen — unfähig dem erlauteten Geiste zu folgen, der Deutschlands Geschichte lehrte — die Bewilligung der starken Flotte, die uns so bitter not thut, denn Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser; sie fordern, daß Fürst Bismarcks Wort: Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit, unter Beifall der hohen Regierungen zur Wahrheit werde, aber sie murren, wenn von allerhöchster Stelle angeordnet wird: Zuchtthaus dem, der freie Arbeit hindert!

An einer andern Stelle heißt es dann: „Mein ganzes politisches Leben — ich schäufte meinem Gewissen dies Bekenntnis — war ein einziger, großer Irrtum. Tadler ma mich drum, aber fordere man nicht, daß ich ihn unverändert lasse, nachdem ich ihn erkannt.“
Dann wieder: „Auch andre überzeugungstreue Männer — man denke an Johannes v. Mikael, meinen Freund und Mitkämpfer aus der Zeit vor der politischen Wiedergeburt des geeinigten deutschen Vaterlands — haben, nicht zum Schaden ihres politischen Gehalts, ihre Ueberzeugungen geändert, warum sollte nicht auch ich, dem in dieser Beziehung Erfahrung zu gute kommt, darauf verzichten, fernerhin mit dem Recht auf Kriegszug zu stehen?“

Unsere Genossen lachten über den Scherz. Die Gegner sind aber „reingefallen“. Die in Valparaiso erscheinenden „Deutschen Nachrichten“ drucken den Scherz als baren Ernst ab. Und an Rodolphen und Witopsen, auch in Europa, wird es wohl schwerlich fehlen. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Bauhandwerker Berlin und Umgegend. Da der Streik der Fliesenleger Berlin und Umgegend vom 9. Juli weiter um sich gegriffen hat, so richten wir an die Berufsgenossen unserer Branche die Bitte, uns in unserem Lohnkampf nach jeder Richtung hin zu unterstützen, indem sie etwaige Arbeitswillige auf unrennen Lohnkampf aufmerksam machen, ihnen entsprechende Anweisungen geben und sie von einer unsolidarischen Handlungsweise abhalten. Die Lohnkommission der Fliesenleger Berlin und Umgegend. Alle Anfragen sind zu richten Grenadierstr. 33 bei Bünke. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung Sattler! Da die Berliner Militäreffekten-Sattler in einer Lohnbewegung stehen, ist der Zugang streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Achtung Marmorarbeiter! In der Werkstelle von Hager, Greifswalderstr. 37, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnminderungen am Dienstag die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

In der Hamburger Maschinenfabrik ist keine Aenderung eingetreten. Das Unternehmertum, unterstützt durch das Vorgehen der kaiserlichen Werk in Wilhelmshafen, bietet auch fürder Fort. Nur den einen Kummer haben die Werksbesitzer, daß die Arbeiter sich nicht dazu hinreichen lassen, in den Ausstand zu treten, da sie dann auf Grund der Streikklausel ihrer vertragsmäßigen Verpflichtungen entbunden werden. Nachdem nun die Ausperrung nichts geholfen hat, versucht man es mit dem gleich erbärmlichen Mittel der Lohnreduktion. Unser Hamburger Bruderorgan schreibt darüber:

„Dollen die Arbeiter nicht streiken, so muß man sie dazu zu zwingen versuchen, das ist die Devise, nach welcher jetzt die Ober- und sonstigen Scharmacher handeln. Gestern wurde den auf der Werk von Blohm u. Voß beschäftigten Maschinenbauern eröffnet, daß nach den bisherigen hohen Accordlöhnen nicht mehr bezahlt werden könne. Die Maschinenbauer wiesen die ihnen von den Meistern angebotenen Abzüge zurück und wandte sich an den Obermeister. Dieser Herr meinte, daß nur bei den besonders hohen Sätzen ein Abzug erfolgen solle. Auch dies wurde zurückgewiesen, worauf die Arbeit nach den alten Sätzen abgeschlossen wurde. Den Arbeitern wurde aber doch erklärt, daß bei den hohen Sätzen ein Abzug erfolgen werde. Wird eine Arbeit zu einem vereinbarten Lohn vergeben, dann muß auch der Lohn bezahlt werden, das wissen auch die Scharmacher. Die Herren haben es, was hierdurch eklatant bewiesen wird, auf den Konflikt abgesehen.“

Der Dampfer „Batavia“ soll nunmehr auf einer Werk in Bremerhaven fertiggestellt werden. Außer dem Rest der Klostler Arbeitswilligen sind auf demselben 16—18 ungelernete Arbeiter vom Hamburger Aktienhof beschäftigt. Sechs Bremerhavener Arbeiter verweigerten die Arbeit und wurden sofort entlassen. Andre Arbeitswillige dürften sich kaum finden.

Unsre Notiz „Soldaten als Arbeitswillige“ erfährt durch die Darstellung unseres Stettiner Bruderorgans folgende interessante Ergänzung:

Die Firma G. Podens in Bismar hatte zwei Schiffe mit Kohlen erhalten und verweigerte den Hafenarbeitern den ihnen zur Kontrolle von allen andern Firmen gestatteten Einblick in die Kommolemente. Darauf verweigerten die Hafenarbeiter die Entladung der Schiffe. Da angeblich eines der Schiffe, die „Marie“, von der Marineverwaltung als Proviantsschiff für China gemietet worden war, so wendete sich die Reederei nun an die Militärbehörde und verlangte von dieser, daß Soldaten die „Marie“ lösen sollten. Der Major und Kommandeur des in Bismar garnisonierenden 2. Bataillons des Jäger-Regiments Nr. 90 erschien am Hafen und ließ sich von den dort befindlichen Arbeitern den Sachverhalt darlegen, nachdem er bemerkt hatte: „Ich will Euch das Geld hier nicht wegnehmen; ich habe nur Soldaten zum Dienst, nicht zur Arbeit. Aber ich habe Befehl vom Generalkommando, wenn sich keine Arbeiter finden, um die „Marie“ zu lösen, so soll ich Soldaten hinschicken, weil der Dampfer, den die Marine für unsre Kameraden in China braucht, unbedingt am Freitagabend leer sein muß.“ Als der Major den Sachverhalt erfahren, erklärte er, er wolle noch einmal mit der Firma Podens reden, da es sich ja nur um 50 Pfennig pro Keel (welcher Betrag bei der „Marie“, die etwa 42 Keel geladen hatte, nur die geringe Summe von 21 M. ausmache) und um das Kommolement handle; dies sei ja nur eine Kleinigkeit.“ Aber die Firma dachte über diese Kleinigkeit anders. Der Major erreichte nichts bei ihr. Er stellte nun die Hafenarbeiter vor die Entscheidung, bis 2 Uhr sich darüber schlüssig zu werden, ob sie zu den Bedingungen der Firma arbeiten wollten, widrigenfalls er Soldaten schicken würde. Da die Arbeiter aber trotzdem bei ihrem Beschluß verharrten, so wurden tatsächlich 60 Soldaten zum Ausladen der Kohlen kommandiert. Außerdem wurden noch 20 bis 25 Mann mit geladenen Gewehren zur Ueberwachung der Arbeit kommandiert. Mit welchem Rechte die Militärverwaltung die Soldaten zur Arbeit kommandiert, obwohl die Ursache der nichtrechtzeitigen Lösung des Schiffes an dem Verhalten der Firma G. Podens liegt, darüber wird die Militärverwaltung wohl noch genaue Auskunft geben müssen.

Die Gasarbeiter in Bremen sind in einen Streik eingetreten, da ihre Forderung, ihren 4.24 M. betragenden Tagelohn auf 4.50 M. zu erhöhen, von der Verwaltung abgelehnt worden war. Abgelehnt, sich an dem Streik zu beteiligen, haben nur zwei Personen.

Der Fabrikmeister drohte, er werde die Arbeit durch die Hofarbeiter verrichten lassen. Den Hofarbeitern wurde gedroht, daß jeder, der sich weigern würde, ins Feuerhaus zu gehen, sofort entlassen werden würde.

Welche Haltung die Hofarbeiter einnehmen werden, ist uns zur Stunde noch nicht bekannt.

Maurerstreik in Duisburg. Eine am 22. Juli stattgefundene gut besuchte Maurerverammlung hat einstimmig beschlossen, am Freitag, den 27. Juli, in den Streik einzutreten. Die Forderungen, welche schon im Frühjahr den Unternehmern gestellt, von den meisten aber nicht beantwortet waren, von den beiden größten Firmen dagegen abgelehnt und verhörend, bestehen in der Hauptache in 10stündiger Arbeitszeit und 50 Pf. Stundenlohn. Der Geist unter den Maurern ist ein guter, so daß hoffentlich bald der Sieg auf Seiten der Maurer sein wird. Zugang ist fernzuhalten. Die Lohnkommission.

Der Streik bei Vertram, Teigteilmaschinen-Fabrik in Halle, ist durch eines günstigen Vergleich für die Arbeiter beigelegt worden. Der außerordentliche Meister Reichenbach, durch dessen Anstellung der Streik entstand, soll nicht als Meister für die Gesellen, sondern für die Lehrlinge gelten und den ersten Meister nur bei der Material- und Werkzeugausgabe unterstützen. Die neuangestellten Streikbrecher, die sich als vollständig unbrauchbar erwiesen hatten, wurden von dem Fabrikbesitzer Vertram entlassen und die Streikenden sind sämtlich, soweit sie nicht schon anderweitig Arbeit genommen haben, wieder eingestellt worden.

Die Zimmerer in Stregau in Schlesien haben die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer die den Zimmerern versprochene Zulage von 1 Pfennig pro Stunde zurückgezogen haben. Zugang ist fernzuhalten.

Wie man Spindel züchtet. Vor kurzem veröffentlichte die „Praca“, das Organ des Deutscher christlichen Bergarbeiter-Verbands, eine Korrespondenz, die sich mit den Zuständen auf dem Vorkriegsberg bei Zabrze i. O.-Schl. befaßt. Jetzt hat die Verwaltung des Werks 160 M. a. l. demjenigen zugesagt, der ihr den Verfasser des Schreibens nennen will!

Und der Bischof befehlt. In Duisburg bestand früher nur ein katholischer Arbeiterverein, dessen Führung die katholische Geistlichkeit hatte. In diesem Verein bildete sich eine Opposition, und nach einer stürmischen Versammlung, in welcher man einem katholischen Kaplan ein Bierglas an den Kopf warf und in der überhaupt verschiedene Bräutereien stattfanden, spaltete sich der Verein. Ein Teil blieb unter geistlicher Führung, der andre kam unter Führung des Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiter-Verbands, Wieber. Nun hat der Bischof von Münster gemüßigt, daß beide Vereine wieder vereinigt werden, selbstverständlich unter geistlicher Leitung. Einem derartigen Wunsch konnte der „rabiale“ Wieber, welcher die Fabrikanten-Verände Raubverbände nennt, nicht widerstehen, weshalb er und seine Getreuen wieder eingeschwenkt sind. Vor solchen Leuten braucht das Unternehmertum freilich keine Angst zu haben.

Ausland.

Der Erdarbeiter-Ausstand in Havre ist nach zweimonatlicher Dauer beendet. Die von den Ausständigen und den Arbeit-

gebern gewählten beiden Schiedsrichter, der Arbeitsminister Paulin und der Bürgermeister Marais, haben den Mindest-Stundenlohn für Grundarbeiter auf 43, für Hochleger auf 53 Centimes festgesetzt.

Der Bärtenarbeiter-Streik in Westfalen. Ein bedeutender Teil der jählichen Bärtenarbeiter Westfalens führt jetzt einen hartnäckigen Kampf mit den Unternehmern. 10 Wochen sind es schon, seitdem die ersten 300 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, dann hat der Streik immer größere Dimensionen angenommen, die Zahl der Streikenden ist auf 600 und noch mehr angewachsen, und man kann bestimmt glauben, daß wenn die Streikenden sich noch kurze Zeit halten werden, der Sieg der ihrigen bleiben wird. Die direkte Ursache des Streiks ist die Forderung seitens der Arbeitgeber, daß die Arbeiter am Freitag bis 1/2 4, statt wie früher bis 2 Uhr arbeiten sollen. Es liegt aber ein tieferer Grund in diesem Streik. Die wirklich mächtige Organisation der Bärtenarbeiter war schon lange den Unternehmern ein Dorn im Auge. Sie haben sich, um diese Arbeiterorganisation erfolgreicher zu bekämpfen in einen Arbeitgeberverein zusammengeschlossen. Gelingt es dem Arbeitgeberbund, die Arbeiter zu meistern, so würden sie allmählich eine nach der andern durch schwere Kämpfe erkaufte Errungenschaften der Arbeiter zu nichte machen. Daher dieser so hartnäckige Kampf und die große Bedeutung dieses Streiks. Die Streikenden halten sich vorzüglich Streikbrecher in jener Gegend nicht zu finden. Leider gelingt es nur manchmal den Unternehmern aus andren rüchständigen Orten russische Arbeiter zu bekommen. Daher hat auch der Kongress des jählichen Bärtenarbeiterbundes in Polen und Litauen beabsichtigt, eine rege Aktion unter den christlichen Arbeitern zu entfalten. Der jetzige Kampf ist noch besonders schwer, weil er die Kräfte völlig erschöpft hat und die Not unter den Streikenden eine außerordentlich große ist. Wenn man sich erinnert, daß eine ganze Reihe von den Städten Westfalens und auch des übrigen Nordwestens noch unlängst größere Streiks durchgemacht hatten, so daß sich von dort keine besonders große Hilfe kommen kann, so wird man sich wirklich wundern, wie diese Arbeiter in dem fast dreimonatlichen Streik zu verharren im Stande sind. Es ist nur der beispiellosen Opferwilligkeit dieser Arbeiter und dem vollen Verständnis für die Sache, für die sie kämpfen, zu verdanken.

Der chinesische Krieg.

Washington, 25. Juli. Eine Depesche des Kommandanten des Kriegsschiffes „Brooklyn“ aus Tschifu von gestern an das Marine-Departement meldet: In Tientsin ist am 21. Juli eine vom 4. Juli datierte schriftliche Postkarte, unterzeichnet Conger, eingegangen, welche besagt: Sind zwei Wochen lang in britischer Gesandtschaft belagert worden. Große Gefahr allgemeiner Hinrichtung durch chinesische Soldaten, welche die Legation täglich bombardieren. Entzug muß, wenn überhaupt, bald kommen. Die Stadt ist ohne Regierung, außer durch die chinesische Armee, welche entschlossen ist, alle Fremden in Peking umzubringen. Der Gemarkung des Entsagcorps in die Stadt wird wahrscheinlich heiß bestritten werden.

Tokio, 25. Juli. Der japanische Regierung liegt eine aus Tientsin vom 10. Juli datierte, über russische Delegationen eingegangene Meldung vor, welche besagt, daß Junglu die Gesandtschaften mit Lebensmitteln versehen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Das Libeker „Zuchtthausgesetz“.

Libek, 25. Juli. (W. L. B.) Die Bürgerchaft lehnte einen Antrag des Mitglieds Pape, an den Senat ein Gesuchen um Aufhebung der Verordnung betreffend das Verbot des Streikpostens zu richten, mit allen gegen die Stimme des Antragstellers ab. Im Lauf der Debatte erklärte der Senatskommissar Senator Dr. Fehling, die Verordnung sei vom Senat nicht auf Grund des § 306 Nr. 10 des Reichs-Strafgesetzbuchs, sondern kraft der ihm zustehenden allgemeinen Polizeiherrschaft erlassen worden. Der Senat habe auf Grund zahlreicher Gerichtsverhandlungen die Ueberzeugung erlangt, daß die Verordnung notwendig sei, da in denselben festgesetzt sei, daß das Streikpostensgehen sich als Quelle starker Verwilderung und wachsender Beunruhigung erwiesen habe. Auch sei es nicht richtig, daß die Verordnung mit § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung in Widerspruch stehe, da es nicht die Absicht der Reichs-Gesetzgebung sein könne, daß die Rücksicht auf die Streikenden über die Rücksicht auf das allgemeine Wohl gestellt werde.

Prag, 25. Juli. (W. S.) Infolge eines falschen Gerüchts, daß der Kaufmann Sid das Kind eines Feldarbeiters ermordet hätte, fanden in Albenatse antijüdische Unruhen statt. Der Pöbel verjagte die Demonstration des jüdischen Hauses und erst nachdem die Gendarmen eingedrungen und das Kind wiedergefunden worden war, konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

Paris, 25. Juli. (W. S.) Der Handelsminister Millerand eröffnete heute den internationalen Arbeiterkongress, zahlreiche Delegierte aus allen Ländern sind zu dem Kongresse erschienen. Darunter befinden sich u. a. der frühere preussische Handelsminister v. Berlepsch und die deutschen Central-Abgeordneten Dr. Lieber und Hige. Die vier Punkte des Programms sind: Einschränkung der Arbeitszeit, Abschaffung der Nachtarbeit, Einrichtung einer Arbeitsaufsicht und internationale Verhängung für den Arbeiterschut.

Belgrad, 25. Juli. (W. L. B.) Die Amnestie für politische Verbrechen ist nur eine beschränkte. Nur den zu Gefängnis Verurteilten wird die Strafe erlassen, die Kerkerstrafen werden in Gefängnisstrafen umgewandelt und erheblich herabgemindert.

Chamberlains Politik vor dem Unterhaus.

London, 25. Juli. Unterhaus. Kolonialminister Chamberlain bekämpft den Antrag Lawson auf einen Abbruch vom Kolonialetat. Er führt aus, die Streitfrage sei durch den Antrag so gestellt, daß die ganze Politik bezüglich des Krieges verkehrt und daß daher die Einverleibung der beiden Republiken unrecht sei. Ueber die Streitfrage rufe er mit Freunden das Urteil des Hauses an. Die Regierung plante, daß der Krieg ebenso unvermeidlich war, als er gerecht ist und man müsse die sich hieraus ergebenden Konsequenzen ziehen. Der Reichstag der Kolonialregierung eine besondere Kommission zur Rechtsverfolgung der Aufständischen einzusetzen, sei ein gemäßigter Vorschlag. Die Politik der Regierung sei nicht auf Rache gerichtet; Rache liege ihrem Gedankens fern. Was sie wolle, seien Vorbeugungs-Maßnahmen. Sie wolle, daß ein Aufruhr nicht als eine so leichte und vorteilhafte Sache ercheine, daß auch für die Zukunft Verhütungen zu einem solchen vorhanden sein würden. Es sei nicht beabsichtigt, die militärische Verwaltung ins Unbestimmte zu verlängern, vielmehr solle sobald als möglich eine Civilverwaltung eingesetzt werden. Er glaube nicht, daß der Guerilla-Krieg lang dauern werde, noch daß es sanguinisch sei, anzunehmen, daß die Regierung die schwierige Aufgabe zu einem befriedigenden Abschluß bringen werde. Die Regierung habe ja die zweifelloste einmütige Unterstützung der Nation hinter sich. Wenn die Regierung die autoritative Unterstützung der Nation gehabt hätte, würde der Krieg schon vorüber sein. Es sei zu wünschen, daß die thatsächliche Einmütigkeit des Hauses hinter der Regierung stehe. (Beifall.)

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärt der Führer der Liberalen Campbell-Bannerman, er sei nicht bereit, so weit zu gehen wie Lawson und könne nicht für den Antrag Lawson stimmen; gleichzeitig ist es ihnen aber auch unmöglich gegen den Antrag zu stimmen. Der Antrag Lawson wird schließlich mit 208 gegen 52 Stimmen abgelehnt. (Vergl. Post. Ueberlicht.)

Sechste General-Versammlung des Central-Verbandes der Deutschen Hefenarbeiter.

Hamburg, den 24. Juli.

(Dritter Tag.)

Es wird fortgefahren in der Beratung über das Unterstützungs...

Der Centralvorstand wird beauftragt, eine Vorlage mit stoffel...

Hierauf gelangt das Statut zur Beratung. Hierzu liegen viele...

Um seine Mitteilungen aufkommen zu lassen, wird zu § 1 be...

Zu § 5 (Aufbringung der Mittel) beantragt der Centralvorstand...

Die Debatte gestaltete sich recht lebhaft. Die Anhänger der...

Es werde immer behauptet, daß wohlgebilligte Tischen den...

Arbeitgebern Respekt einflößen, das sei nicht wahr. Die englischen...

Sabath, Vertreter der Generalkommission, pflichtet dieser Ansicht bei und fordert in längerer...

Moje-Hamburg beantragt, über den Antrag des Centralvorstandes...

Schlüter beantragt die Erhöhung des Beitrags auf 20 Pf. die Woche...

Heyer-Hamburg mit der vom Centralvorstand beantragten...

Der Antrag Moje wird mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen. Die Urabstimmung...

Ein Antrag Sittin, daß für Gewinvaliden der monatliche Beitrag...

Der Antrag Moje wird mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen. Die Urabstimmung...

Es wird in der Statutenberatung fortgefahren. Vor Eintritt...

Der Antrag Sittin, daß für Gewinvaliden der monatliche Beitrag...

Der Antrag Moje wird mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen. Die Urabstimmung...

Der Antrag Sittin, daß für Gewinvaliden der monatliche Beitrag...

Der Antrag Moje wird mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen. Die Urabstimmung...

Der Antrag Sittin, daß für Gewinvaliden der monatliche Beitrag...

Der Antrag Moje wird mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen. Die Urabstimmung...

Der Antrag Sittin, daß für Gewinvaliden der monatliche Beitrag...

Tokales.

Die Beerdigung unseres Parteigenossen W. Wess fand...

Arbeiter-Bildungsschule. Wir machen die Mitglieder auf die...

Chinesenpost. Auf eigenartige Weise verstehen es die in Berlin...

Sprechende, Chinesen haben nämlich seit mehreren Wochen einen...

Eine alte Kunst wird gegenwärtig in den Straßen Berlins zu...

Im städtischen Arbeitshaus zu Rummelsburg befanden...

Aus dem Erbvertr. das die Stadtgemeinde an dem Nachlaß...

Eine dankenswerte Verbreiterung erfährt jetzt der viel...

Eine Polizeiverordnung für Kraftfahrzeuge — so nennt...

An der National-Galerie sind die Bauarbeiten, die unter der...

Der Turnverein „Fichte“, dessen turnerische Leistungen in...

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahn...

Führer des letzteren das falsche Manöver zu spät bemerkte, gelang...

Ein zweite Karabulage eines Straßenbahnwagens der Linie...

In seiner Wohnung erschoss sich vorgestern spät abends...

Furchtbare Leiden muß der Rechtskonsulent Albert Buller aus...

Strassenpernung. Die Reanderstraße von der Annenstraße...

Auf den Nachbarn. Die Lokalkommission von Charlottenburg...

Steglich-Friedenan. Freitag, den 27. Juli, findet eine Volks...

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Freitagabend kurz...

Vom Baum abgestürzt ist in Steglitz ein Maurer. Er wollte...

Bei einem Zusammenstoß zweier Ruderboote geriet vorg...

Ein recht ernstes Nachspiel wird für eine Anzahl Freiwilliger...

Am Dittschlag verlor ein Steglitz am Sonnabendnachmittag...

Bauwerk. In der am 24. d. Mts. stattgefundenen Gemein...

Chaussee, der Damerowstraße, der Kavallerstraße und dem königlichen Schloßpark und der Paule begrenzte Terrain. Bewilligt wurden die Kosten für eine umfangreiche Reparatur des Kirchendachs. Es sind hierfür 1900 M. angelegt. Für eine hier selbst unter Garantie und Aufsicht der Gemeinde zu erbauende höhere Töchterschule wurden im Submissionsverfahren die Arbeiten dem Mindestfordernden übergeben. Während das Höchstgebot in der Höhe von rund 92 000 M. abgegeben wurde, betrug den Zuschlag der Mindestfordernde mit 78 400 M. — Auf Grund einer Verfügung vom Jahre 1892 dürfen Hunde an den Markttagen zu den Verkaufsständen weder von Käufern noch von Verkäufern mitgebracht werden. Die Hundehalter sind verpflichtet, dieselben trotz Manillok und Marke abzuführen. Die Verordnung besteht im Interesse der Sauberkeit der feilgehaltenen Waren.

Wilmersdorf. Die Frage der Durchführung des Prachtstraßen-Projekts beschäftigt hier angeblich die Grund- und Hausbesitzer und drängt alle andern Gemeindegliederungen zurück. Es ist nämlich ein offenes Geheimnis, daß das Millionenprojekt dem Scheitern nahe ist und daß dann, wenn sein Scheitral festgelegt ist, Schmargendorf wohl eine neue prächtige Straße bekommt, Wilmersdorf aber leer ausgehen dürfte. So wie die Sache heute liegt, muß diese fogen. Prachtstraße, die den Kurfürstendam an Schönheit, Breite und Verkehrstärke womöglich noch übertreffen soll, Straßwerk bleiben. Die Wilmersdorfer Interessenten bezeugen nach wie vor wenig Reizung, die enormen Kosten — die StraÙe erfordert einen Kostenaufwand von 2 Millionen Mark — anteilig zu bezahlen, und verlangen, daß die Gemeinde Wilmersdorf und die Schmargendorfer Abzweigen einen Teil der Kosten abnehmen. Die Gemeinde wäre wohl unter Umständen zu einer Höchstleistung von 400 000 M. bereit; ob aber die Schmargendorfer die von ihnen geforderten 600 000 M. für die Wilmersdorfer hergeben werden, nachdem sie vormals nur 100 000 M. geboten haben, ist sehr fraglich. Aus diesem Grunde ist es nicht unmöglich, daß das Projekt auf Jahre hinaus vertagt wird. Damit würde auch die von der Eisenbahn-Direktion bereits zugesagte Erweiterung einer neuen Ringbahnstation an dem Treffpunkt der Prachtstraße mit der Ringbahnlinie am Berliner Platz hinfällig werden.

Gerichts-Beitung.

Eine Anklage wegen Kuppelei wurde gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Invaliden Karl Lüd verhandelt, nachdem kürzlich seine Ehefrau wegen desselben Vergehens zu einer erheblichen Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Es trat ein junges Mädchen als Zeugin gegen den Angeklagten auf, welches bekundete, daß Lüd sie systematisch auf den schlechtesten Weg gebracht und sie zur Gewerbsmutter angehalten habe, um täglich 6 M. Miete einstreichen zu können, welche sie für eine kleine Stube bei den Lüdichen Beleten zahlen mußte. Wiederholt habe sie ihm erklärt, daß sie dies Leben nicht weiterführen wolle, Lüd habe sie aber nicht freigegeben. Schließlich habe sie die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Monaten, der Gerichtshof ging aber weit über den Antrag hinaus, indem auf ein Jahr Gefängnis, Ehrverlust und Polizeiaufsicht erkannt wurde.

Ein pflichtvergessener Beamter stand gestern in der Perion des früheren Briefträgers Otto Riedermeier vor der VII. Kassenkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist nur 8 Monate im Dienst gewesen. Sein Verhalten gab zu mehreren Klagen Veranlassung. Er erhielt im Disziplinarwege eine Geldstrafe, weil er aus Bequemlichkeit verabsäumt hatte, einen Briefkasten zu entleeren. Am Morgen des 5. Juni kam der Angeklagte in wenig leistungsfähigen Zustande in den Dienst; er hatte die ganze Nacht durchgeschneit. Er erhielt gegen 200 Postsendungen, zum Teil Ansichtskarten, die er zu bestellen hatte. Es erregte Verdacht, daß er die Bestellung auffallend schnell erledigte. Man durchsuchte die Kassetten in seinem Rezier und fand dabei ein ganzes Bündel Briefe und Postkarten, deren sich der Angeklagte auf diesem Wege entledigt hatte. Riedermeier wurde sofort aus dem Postdienst entlassen. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß das Verhalten des Angeklagten als höchst strafwürdig zu bezeichnen sei, es wurde auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten erkannt.

Sociales.

Die Zahl der preussischen Fabrikinspektions-Beamten soll nach einer offiziellen Meldung vermehrt werden. Eine anderweitige Regelung der Organisation der Gewerbe-Aufsicht sei jedoch nicht beabsichtigt. Offenbar haben die Erfahrungen, die man inzwischen mit der dienstweisen Anstellung von Assistenzbeamten gemacht hat, ein derartiges Resultat ergeben, daß man auch das weibliche Hilfspersonal vermehrt.

Der Konflikt wegen Erhebung einer einprozentigen Umsatzsteuer beim Verkauf der Zeche „Centrum“ ist für die Stadt Wattencheid dadurch erledigt worden, daß der Direktor des Werks das Anerbieten gemacht hat, jährlich 700 000 M. an Umsatzsteuer und Kommunalabgaben zu zahlen. Die Stadtverordneten haben, fast von Anfang an, die „großherzige Geste“ angenommen und verzichten nun gern auf die 140 000 M., die sie allein an Umsatzsteuer von dem Werk einzufahren wollten.

Der Verband deutscher Arbeitnachweise hält am 24. September seinen zweiten Verbandstag in Köln a. Rh. ab. Hier anschließend findet die Arbeitnachweis-Konferenz statt. Aus der Tagesordnung der beiden Versammlungen heben wir hervor: Die Arbeitsvermittlung für weibliche Personen und Dienstboten. Referenten Reichardt Dr. Wenzinger-München, Beigeordneter Dr. Kasper-Worms. Die Errichtung von Arbeitnachweisen an kleineren Orten. Referent: Domvikar Groll-Münster. Bericht-erstattung über die Arbeitsvermittlung für landliche Arbeiter. Referent: Rat Dr. Raumann-Hamburg. Die Organisation der Arbeitnachweise und ihr Anschluß an den allgemeinen Arbeitnachweis. Referent: Stadtrat Dr. Reich-Frankfurt a. M., Generaldirektor Richard Köstler-Berlin.

Ein katholisches Urteil über katholische Arbeiter. Als vor einiger Zeit ein Werksdirektor in Kiel erklärte, die katholischen Arbeiter seien weniger intelligent als die übrigen, brauste ein Sturm der Entrüstung durch den ultramontanen Blätterwald. Der Direktor sollte die Schmäherung widerrufen, und solcher Dinge noch mehr verlangten die führenden Centralblätter.

Nun schreibt aber die „Vereinschrift für den katholischen Volksverein“ als eine sozialistische Zeitung, folgendes: Von allen sozialistischen und wissenschaftlichen Fragen, überhaupt von öffentlichen Leben halten sich gerade gutgefummte katholische Männer fern. Man erhält fast den Eindruck, als hätten sie Bedenken, ob solcherlei weltliche soziale und politische Thätigkeit für einen guten Katholiken passe.

Wie ist diese Zurückhaltung so mancher katholischer Männer zu erklären? Unsere Trachtend rührt sie zum großen Teil daher, daß man an leitender Stelle vielfach im Volke doch das Verständnis und Interesse für weltliche soziale oder höchstens kirchenpolitische Fragen gewendet hat. Die Leute gehen dann Sonntags pflichtmäßig zur Kirche, Werktags gewohnheitsmäßig ihrer Arbeit nach, verfolgen ihr Hauswesen, bekunden im übrigen aber für Fragen, zum Beispiel der Socialpolitik oder Politik, des Wissens, des wirtschaftlichen Fortschritts u. kein Interesse. Zur Wahl gehen sie nur, wenn und weil und wie der Geistliche es wünscht. Diese Leute haben sozusagen nur eine religiös-trübselige Weltanschauung; was in diesem Horizont sich nicht unterbringen läßt, existiert für sie nicht, vermag auch nicht ihr Interesse zu wecken.

Es ertönt dann der Rotschrei . . . daß es anders werden möchte. Was sagen die Centralblätter jetzt nach dem Eingekündnis ihrer Rollen?

Vom allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum. Am 1. Juli bestand der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum 10 Jahre. Die Entwicklung des Vereins spiegelt die Ausdehnung des Kohlenbergbaues im Ruhrrevier wieder. Der Vorläufer des Vereins war das im Jahre 1767 gegründete Knappschafts-Institut für die Grafschaft Mark, das Herzogtum Cleve und das Fürstentum Weurs. Das Institut führte den Namen Märkischer Knappschafts-Verein. Im Jahre 1807 zweigte sich von demselben, unter dem Namen Essen-Bochenscher Verein, ein Teil, die Bergleute der Abtei Werden umfassend, ab. Nachdem die Herrschaft Broich, einschließlich des Kirchspiels Mülheim, Preußen angegliedert war, mußte nach den Bestimmungen des allgemeinen Landrechts auch für diesen Bezirk ein Knappschafts-Institut gegründet werden. Dasselbe kam aber erst 1843 unter dem Namen Mülheimer Knappschafts-Verein zu Stande. Es bestand mithin drei Vereine. Da zwischen den Vereinen kein Vertragsverhältnis bestand, so konnten die Mitglieder eines Vereins nicht einmal in den Bezirk eines andern Vereins in Arbeit treten, wollten sie auf die bereits erworbenen Rechte nicht verzichten. Aus diesem Grunde konnte eine von den Mitgliedern erstrebte Verschmelzung der drei Vereine, nur von großem Vorteil sein. Aber auch aus administrativen Gründen wurde die Zusammenlegung erstrebt. Im Jahre 1890 fand dann die Verschmelzung auch statt. Der neue Verein führte den Namen „Allgemeiner Knappschaftsverein in Bochum“. Im Jahre 1890 zählte der neue Verein 129 082 Mitglieder, das Vermögen betrug 4 081 015,42 M. Anfang 1900 war die Mitgliederzahl um fast das Doppelte, auf 220 843 Mitglieder angewachsen. Das Vermögen hat sich in dem Zeitraum aber stärker, fast um das Zehnfache vermehrt, nämlich auf 42 291 020,52 M. Das Grund- und Mobilvermögen wird außerdem auf 600 565,08 M. geschätzt. Die Knappschaftskasse umfaßt drei Versicherungszweige: Die Krankenversicherung, Unfallversicherung, sowie die Alters- und Invaliditätsversicherung. Die Kasse der letzteren wird gesondert geführt und weist ein Vermögen von 18 645 765,27 Mark auf. Die Zahl der Pensionsempfänger zu Anfang des Jahres 1900, belief sich auf insgesamt 72 676 und zwar 17 650 Invalidrentner, 12 274 Witwen, 37 121 Kinder, 5350 Invalidenrentner und 275 Altersrentner. Während also beim Vergangenen die Gefahr, Invalidität zu werden, sehr groß ist, haben nur verschwindend wenig Aussicht, Altersrentner zu werden. Die rücksichtslose Ausnutzung der Arbeitskraft im Bergbau steigert die Unfallgefahr, läßt es aber auch nicht zu, daß der Bergmann Altersrentner wird. Aus diesem Grunde ist auch das Bestreben der Mitglieder, die Leistungen der Kasse für die Invaliden zu erhöhen, ebenso größere Aufwendungen zur Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten einzutreten zu lassen, nur zu berechtigt. Diesem Bestreben stehen die Werkbesitzer entschieden gegenüber. Die von ihnen geforderte Kapitalanbahnung hat allerdings für sie auch einen sehr realen Hintergrund. Nach dem Knappschafts-Statut können nämlich die Werkbesitzer ihre Beiträge um 1/2 auf 1/3 herabsenken, wenn das Vermögen eine bestimmte Höhe, die vielleicht in drei Jahren erreicht sein wird, erlangt. Aus diesem Grunde ist der Widerstand der Werkbesitzer gegen eine Erhöhung der Kassenleistungen erklärlich.

Versammlungen.

Das Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgegend hielt am Dienstag eine Delegiertenversammlung bei Schütz, Dragonerstraße ab. Als erster Punkt stand der Streik der Hülseleger auf der Tagesordnung. Die Vertreter der Hülseleger, Keller, Suth und Kuppe gaben einen ausführlichen Bericht über die Ursachen und den Stand der Bewegung, dem zu entnehmen war, daß die Situation für die Ausständigen eine dauernd günstige ist. Trotz aller Anstrengungen seitens der Unternehmer haben sich bisher nur zwei Arbeitswillige von auswärtig gefunden. Zu unterstützen sind gegenwärtig 138 Ausständige mit 211 Kindern, da ein Teil der Streikenden als Maurer arbeitet. Von Th. Fischer und W. Wernau wurde es nur als ein taktischer Fehler bezeichnet, daß im Verlauf der Lohnbewegung die zuerst aufgestellten Forderungen abgeändert bzw. erhöht worden sind. Meyle und andere Delegierte äußerten sich zustimmend zu der Bewegung und führten an, daß die hier geübte Taktik unter gewissen Umständen angebracht sei. Nachdem die Notwendigkeit einer strengen Kontrolle auf den Bauten betont worden war, wurde die moralische und finanzielle Unterstützung der Hülseleger einstimmig beschlossen. Diejenigen Gewerkschaften, welche auf Listen sammeln, können solche in Bureau des Kartells, Dragonerstr. 33, erhalten. Auf Antrag des Ausschusses wird der nächste Geschäfts- und Kalendersbericht ein 1/2-jähriger sein und dann immer mit dem Schluß des Kalenderjahres abschließen. Als Referent wurden Dietrich und als Ausfühmtätiger Pflug an Stelle der Ausgeschiedenen gewählt. Auf eine Anfrage hin erklärte Fischer, daß dem Ausschuss davon nichts bekannt sei, daß ein Zusammenschluß mit der Gewerkschaftskommission, wie es in dem Bericht einer Lederarbeiter-Versammlung heißt, in nächster Zeit erfolgen soll. Die Verhältnisse in der Gewerkschaftskommission hätten sich nicht geändert, die Gründe, die den Austritt veranlassen, seien noch vorhanden, mithin liege keine Veranlassung zum Wiedereintritt in die Kommission vor. Gerade in letzter Zeit hätten sich die Gegenstände durch die Stellungnahme: ob politische oder unpolitische Gewerkschaften, noch mehr verschärft. Nachdem der Vertreter der Buchdrucker zur möglichststen Verbreitung der von Kressin verfaßten Broschüre: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“ empfohlen und der Vertreter der Bäcker auf die Differenzen in der vormaligen Vobelschen Profabrik hingewiesen hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung. Anwesend waren alle Vertreter bis auf den der Bilderrahmenmacher.

Die Bäcker hielten am Dienstagvormittag eine öffentliche Versammlung bei Proskow, Weberstraße, ab, in der zunächst Schneider über die Maßregelung in der vormaligen Vobelschen Profabrik berichtete. Der Redner verwies darauf, daß in früheren Jahren ein gutes Verhältnis zwischen Unternehmer und Organisation bestand, das sich aber dann änderte und in letzter Zeit völlig ungesund wurde. Vor einiger Zeit verurteilte der Unternehmer Schröder die bis dahin bestehende vierzehntägige Kündigungsfrist zu beseitigen und später eine ganz brutale Fabrikordnung einzuführen, nach der sich u. a. die Arbeiter vitteren lassen sollten, keinen Besuch empfangen durften, für den eventuellen Materialschaden antworten mußten usw. Infolge des einheitlichen solidarischen Vorgehens der beteiligten Arbeiter wurde nicht nur die Einführung der rigorosen Fabrikordnung verhindert, sondern es wurde auch ein Lohnarif aufgestellt, der schließlich von Schröder anerkannt worden ist. Die Vereinbarungen hat der Unternehmer aber nicht eingehalten und schon nach kurzer Zeit erhebliche Lohnabsätze vorgenommen, was die Arbeiter wieder veranlaßte, die Kündigung einzureichen und nachdem jedwede Verhandlungen seitens des Unternehmers abgelehnt worden waren, die Arbeit einzustellen. Daß die Arbeiterkraft mit dem Verhalten des Herrn Schröder nicht einverstanden ist, geht daraus hervor, daß in dem genannten Betrieb jetzt nur 6 Bäcker beschäftigt sind, während früher 12 voll auf zu ihm hatten.

Ueber die Nichterhaltung der Vereinbarungen des Einigungsamts durch die Meisterschaft und die Stellung der Innungsvorstände dazu referierten Henschold und Rost. Nach den Ausführungen der Redner hat am 12. Juli endlich eine Sitzung der laut Einigungsbedingungen bestehenden Kommission stattgefunden, die aber fast gänzlich resultatlos verliefen ist. Kein einziger der streitigen Punkte wurde geregelt, und nach diesen Verhandlungen gewinnt es immer mehr den Anschein, daß die Unternehmer den Arbeitern überhaupt keine Zugeständnisse machen wollen und auch die Innungsvorstände gar nicht gewillt sind, für die Durchführung der Einigungsbedin-

*) Dieser Textum unsrer Berichterstatters ist an anderer Stelle berichtigt. R. d. B.

gungen Sorge zu tragen. Die Lohnkommission hat eine große Anzahl Bäckereien namentlich festgestellt, wo die Einigungsbedingungen, die am 1. Juli überall in Kraft treten sollten, gar nicht beachtet werden. In diesem Zustande ist allerdings auch ein Teil der Gefellen und insbesondere der Werkmeister Schuld, der nicht energisch genug für die Regelung der Arbeitsverhältnisse eintritt. Nach einer längeren Diskussion, an der sich Schneider, Rost u. a. beteiligten, wurde nachstehende Resolution, die auch dem Gewerbebericht übermittelt werden soll, beschlossen:

Im Hinblick darauf, daß ein großer Teil der Meisterschaft die Vereinbarungen des Einigungsamts teils nicht anerkennt und vollständig ignoriert; ferner daß die Innungsvorstände nicht den guten Willen zeigen, diesen Vereinbarungen energische Geltung zu verschaffen, erklärt die heutige Versammlung, daß sie die einzige Gewähr für die Einhaltung der Bestimmungen des Einigungsamts in einer starken Organisation erblickt, wie sie unter den gegenwärtigen Umständen durch die Lohnkommission gegeben ist. Die Versammlung verpflichtet sich, die Lohnkommission nach besten Kräften finanziell und moralisch zu unterstützen, um derselben die Mittel an die Hand zu geben, zur gegebenen Zeit in der geeigneten Weise gegen die renitenten Meister vorzugehen. Die Versammlung verurteilt entschieden das unmännliche Verhalten einzelner Kollegen, die den Bestimmungen entgegen handeln und ihrem Stande dadurch wenig Ehre machen. Alle Versammelten stellen sich nach wie vor auf den Boden der Vereinbarungen vor dem Einigungsamt und werden das Ehrenwort ihrer Vertreter hochhalten; verpflichten sich aber, um der pflichterfüllenden Meisterschaft ein energisches Vorgehen zu können, Mann für Mann den bestehenden Organisationen beizutreten.

Hierauf wurde Bauer als Kandidat für die nächsten Gewerbegerichts-Wahlen aufgestellt. — Nach einer lebhaften Debatte wurde sodann ein Streik- und Maßregelungs-Regulativ beschlossen, dessen wesentliche Punkte lauten: Sollen Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses in einem Betriebe durchgeführt werden, so muß unbedingt und in allen Fällen vorher die Lohnkommission zu Rate gezogen und deren Zustimmung eingeholt werden. Insbesondere soll bei allen Streitigkeiten wegen Nichterhaltung der Einigungsbedingungen vor der eventuellen Arbeitseinstellung die Lohnkommission hinzugezogen werden, um eine gütliche Beilegung der Sache zu versuchen. Werkstätten, Streiks, die auf Verbesserungen im Betriebe gerichtet sind, können nur die Zustimmung der Lohnkommission erhalten, wenn sämtliche in Betracht kommenden Arbeiter im Besitz ordnungsmäßiger Streikkarten sind und mindestens zwei Drittel der Organisation angehören. Bei Unzufriedenheit, wo es sich um Lohnabsätze, Abweimung von für die Arbeiter nachteiligen Neuerungen oder Maßregelungen handelt, werden, falls der Streik nach vorausgegangener Verhandlung der Lohnkommission mit dem Unternehmer oder mit Zustimmung der Lohnkommission beschlossen wird, alle Arbeiter vom ersten Tage des Streiks an unterstellt. Bei allen Streiks, welche innerhalb fünf Tagen ihre Erledigung finden, wird keine Unterstüßung bezahlt. Vom 1. August wird ein wöchentlich Streikbeitrag von 20 Pf. erhoben, der durch Marken quittiert wird. In Unterstüßungsfällen ist streng darauf zu achten, daß die Streikfaktoren in Ordnung sind. — Auf allgemeine Streiks findet das Regulativ keine Anwendung. In den übrigen Punkten werden die Höhe der Unterstüßung und die besonderen Verhaltensmaßregeln festgelegt. Als Mitglieder der Lohnkommission wurden Schneider, Siel und Jark für die lokale, Henschold, Hamann und Lehmann für die centrale Richtung gewählt. Als Referenten werden bis auf weiteres Rost und Kasper fungieren.

Zu unsrem Bericht über die Versammlung der Lederarbeiter in Nr. 189 des „Vorwärts“ gehen uns folgende Berichtigungen zu:

Genosse Walter G. Link schreibt: Der Bericht entspricht in keiner Weise den Ausführungen, die ich gemacht habe. Da ich seitens meiner Kollegen von Ausschluß der Berliner Gewerkschaftskommission darüber zur Rede gestellt, würde ich Sie höflich bitten, nachfolgende Erklärungen in der nächsten Nummer des „Vorwärts“ zu bringen. Ich habe nicht gesagt, wie es in dem Bericht des „Vorwärts“ Zeile 13 bis 18 heißt: Daraus entspringe aber auch die berechnete Verwirrung, daß der Charakter des Klassenkampfes verwischt und geschwächt werde, sondern ich sagte: Es giebt einen kleinen Progenteil der organisierten Arbeiter, die sich gar nicht radikal genug gebunden können, die behaupten, durch Eingehung von Tarifgemeinschaften, Unterstüßungsweisen u. dergleichen der Charakter der Kampforganisation verwischt, werde der Klassenkampf geschwächt usw. Eine größere Thorheit giebt es nicht, als eine derartige Behauptung in die Gewerkschaften hineinzuschleudern. Die Thorheit wird um so trasser, wenn wir sehen, wie die Leute, die diese Behauptung aufstellen, sich bei den Tarifgemeinschaften bezü. deren Unnehmlichkeiten ganz wohl fühlen. Es ist keine Gefahr vorhanden, daß durch diese Taktik die Gewerkschaften im Klassenkampf geschwächt werden. Im Gegenteil, sie werden den Kampf gegen das Kapital intensiver führen können denn je. — Von weiteren Berichtigungen will ich Abstand nehmen, nur noch bemerken, daß ich durchaus auf dem Boden der Tarifgemeinschaften stehe.

Achtungsvoll G. Link

Ferner wird uns geschrieben: In dem Bericht über die Versammlung der Lederarbeiter läßt der Berichterstatter mich sagen: Die Spaltung der Lokalorganisierten werde in nächster Zeit ausgeschlossen werden, da eine baldige Einigung zu erwarten sei. Nichts von alledem ist gesagt worden. Ich habe gesagt: „So bedauerlich es ist, daß sich die Lokalorganisierten von uns getrennt haben, können wir doch mit Genugthuung konstatieren, daß die Zahl der in Centralverbänden organisierten Arbeiter um 16 000 im Jahre 1899 gestiegen ist.“ Bezüglich des früheren Beamten Millarg sagte ich, daß auf Grund der Berichterstattung des Rechenschaftsberichts 1899 die Behörde die Angelegenheit Millarg verfolgt.

Gustav Ruffe.
Bund deutscher Vobereformer. Freitag, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in Stieglitz im Albrechtshof, Albrechtstraße. Damen und Herren willkommen. Vortrag des Rechtsanwalts Berg: „Die Wohnungsnot und ihre Beseitigung durch die Domäne Pölm“.

Vermischtes.

Schiffsmisfälle an der deutschen Küste. Die Zahl der amtlich bekannt gewordenen, an der deutschen Küste (ausschließlich Helgoland) im Jahre 1898 vorgekommenen Schiffsmisfälle beziffert sich, nach den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes, auf 845, welche 480 Schiffe betrafen, von denen 71 gänzlich verloren gingen. Den Unfällen fielen 42 Menschenleben (sämtlich von der Besatzungs-Mannschaft) zum Opfer. Von den 480 verunglückten Schiffen sind 127 gesunken, 2 gekentert, 24 gesunken, 258 in Kollision geraten und 69 von sonstigen Unfällen betroffen worden. Unter diesen Schiffen befanden sich 181 deutsche und 50 fremde Segelschiffe, 140 deutsche und 102 fremde Dampfschiffe, ferner 1 Dampfschiff unbekannter Flagge. Den erheblichsten Schaden fügte der am Nachmittage des 24. März einsetzende und bis zum 27. anhaltende, außerordentlich heftige Nordoststurm der Schiffahrt zu. Während dieses Sturmes, welcher an der ganzen Küste und besonders stark in der westlichen und östlichen Ostsee wütete, und welcher sogar im Westen der südlichen Ostsee Sturmfluten im Gefolge hatte, ereigneten sich 16 Unfälle, bei welchen 9 Schiffe gänzlich verloren gingen und 7 mehr oder minder erhebliche Beschädigungen erlitten. Unter den 71 gänzlich verloren gegangenen Schiffen befanden sich 40 deutsche und 23 fremde.

Eine schwere Eisenbahn-Katastrophe hat sich, wie eine amtliche telegraphische Nachricht aus Dortmund besagt, in der Nacht zum Mittwoch um 2 Uhr auf dem Bahnhof Ramen ereignet. Der Schnellzug Köln-Berlin fuhr auf einen auf einem Geleise haltenden Güterzug. Nach der amtlichen Meldung wurden der Lokomotivführer und der Heizer, des Schnellzugs getötet, der Zugführer und Pächmeister schwer verletzt, fünf Reisende leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend. Das nördliche Hauptgeleise

Achtung! Achtung!
Central-Krankenkasse d. Maurer etc.
 (Grundheim zur Einheit, Verwaltungsbüro Berlin.)
 Am Freitag, den 27. Juli 1900, abends 8 Uhr,
Ordentliche Mitglieder - Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassen- und Revisionsbericht vom 2. Quartal. 2. Innere Kassenangelegenheiten und Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert. J. H.: P. Hoffmann.

Centralverband der Maurer Deutschlands
 (Filiale Berlin II.)
 Am Freitag, den 27. Juli 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Bergmann, Bafewasserstr. 3:
Mitglieder-Versammlung für den Wedding.
 Tages-Ordnung: Vortrag, Diskussion und Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 Die Verbandsleitung.

Marmor- und Granitarbeiter.
 Donnerstag, den 26. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Hofmann (Engl. Garten), Alexanderstr. 27c:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vierteljahr-Abrechnung und Abrechnung vom Bergnügen. 2. Der Streik bei der Firma Häger. 3. Verschiedenes.
 Der Vertrauensmann.

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend.
 (Eingeschriebene Hilfskassa Nr. 118.)
 Am Sonntag, den 29. Juli, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Schulz, Grenadierstrasse Nr. 33:
Ordentl. Generalversammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Kassierers vom 2. Quartal sowie Revisionsbericht. 2. Bericht des Vorstands und Kassenschaffers. 3. Wahl sämtlicher Hilfskassierer. 4. Innere Kassenangelegenheiten.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der Vorstand. J. H.: H. Metzko.

Kur- und Wannenbad „Hohenzollernplatz.“
 Die vollständig renovierte, mit allem Komfort der Neuzeit eingerichtete und Hohenzollernplatz 9 befindliche
Badeanstalt
 sollte ich dem geehrten Publikum bestens empfohlen. Besonders empfehle ich: Sol-Lamin-Bäder, Zool., Schwefelbäder, Koffen-Dampfbäder, Massageuren nach Vorschrift der Herren Ärzte. Kalte Abreibungen usw.
 Herm. Bading, Rixdorf, Hohenzollernplatz 9.
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Arbeits-Bekleidung
 für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Friseur.
 En gros - Detail.
D. Wurzel & Co.,
 Wrangel-Strasse 17, Ecke Mantuffel-Strasse.

Arbeiter Berlins!
 Von den Hirschenwälder Cigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden die Lohnforderungen der Arbeiter bewilligt: H. Sporn, Dietrich (Hansich Nachf.), K. Weigel, R. Klähre, W. Enlgh, O. Westly, R. Reinicke, C. Franz, F. König, H. Müller, A. Hurras, R. Bar, Reinhold Kaiser, Karl Uhlich, Adolf Hartung, Paul Winkler, Max Püschel, Curt Lehmann, Adolf Hoyer, Curt David, Adolf Bouthert.
 Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.
 Von jetzt ab steht dieses Inserat nur Donnerstags und Sonntags im „Vorwärts“.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands. (Zahlstelle Berlin I.)
 Sonnabend, den 28. Juli d. J.:
9. Stiftungs-Fest
 in Max Altem's Festsaal (neuer Saal), Hasenheide 13-15.
 Anfang des Garten-Konzerts 4 Uhr, des Sommer-Theaters 6 Uhr, wozu unsere Festteilnehmer freien Eintritt haben.
 Im großen, neuerbauten Saale von 8 Uhr ab
Grosser Ball u. Ueberraschungen aller Art.
 Billets, für Herren 50 Pf., Damen 30 Pf., sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. 42/14
 Hierzu ladet freundlichst ein
Die Ortsverwaltung.

Apollo-Theater, Rixdorf, Hermannstrasse 49.
 Sonntag, den 29. Juli 1900:
Grosses Volks-Fest
 der Arbeiter Rixdorfs
 bestehend in
Vokal- und Instrumental-Konzert.
 Musik, ausgeführt von den Gini-Berufsmusikern. - Mitwirkende: Arbeiter-Gesangsvereine Rixdorfs (R. d. A. S. B.), Theater-Gesellschaft „Apollo“, Duettsisten, Charakter-Komiker, Volks-Humoristen. - Gr. Kinder-Fachzug, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält. - Anfang 4 Uhr, Entree 20 Pf. - Von 5 Uhr ab im großen Saale **TANZ**. - Die Kaffeefläche ist von 2 Uhr ab geöffnet. - Billets sind in den mit Plakaten versehenen Geschäften zu haben. [203/12] **Das Komitee.**

Zähne 2 M.
 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 139. Sprechst. 9-7.
Künstl. Zähne
 von 3 M. an, vorzüglich. Zähne plombieren schmerzlos. Schmerzloses Zahnziehen. Goldstein, Drantenstr. 123. *

Möbelstoffe!
 auch Reste! alle Qual. selten billig!
 Gelegenheitsverkauf:
 Mocquet-Plüsch 5,35 M. per Meter (100 cm breit). 48612
 Muster b. näherer Angabe franco.
Emil Lefevre, Cranienstr. 158.
 Verlangen Sie gratis u. franco meinen illust. Hauptkatal. über
Fahrräder
 u. Fahrradartikel u. Sie wird sich überzeugen, dass ich b. bester Qualität, unt. 1 Jahr. Garant. am billigst bin. - Wiederverk. ges.
Deutsche Fahrrad-Industrie,
 Richard Driessen,
 Hannover, Brühlerstr. 4.

Schultze,
 Wasserthorstr. 1/2, I.
 Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Berufshörung. 3973L*
 Sprechstunden 9-2 u. 5-9.
 Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde.
 Bei Borgeizung der Verbandskarte 10 Proz.
!Muschneiden!
Gültig 4 Wk.!
 Künstl. Zähne von 3.- M. an in tabelloser Ausführung. [50829*]
Guckel, Laujäger Platz 2.
Laabs
 Elsasserstr. 39.
 Behandl. aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte.
 Sprechst. 9-2, 5-9.
 Freitag und Sonntag nur 9-2.
 Verbandskarten Ermäßigung.

Unterstützungsverein aller in der Gutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
Filiale Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Theodor Dieze
 am 21. Juli plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. Juli, abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofs (in Weihensee, Falkenbergstr.) aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Robert Liebich
 am 23. Juli verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofs, Admiralsstr. 34, nach dem Marienkirchhof in Mariendorf statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 105/9 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe.
 Nach kurzer, schwerer Krankheit ist unser Kassierer, der Seilgehilfe
Gustav Unrein
 gestorben. 2074b
 In 20jähriger Tätigkeit hat sich derselbe durch Fleiß, Treue u. Pünktl. das Vertrauen der beteiligten Kreise erworben.
 Wir werden sein Andenken stets ehren.
 Die Beerdigung ist Freitag, den 27. d. M., nachm. 3 Uhr, auf dem Neuen Thomastrichhof in Grig.
 Wir bitten um rege Beteiligung.
 Der Vorstand. J. H.: Kofer.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Dreher
Emil Zschörnig
 am Dienstag, den 24. Juli, ent- schlafen ist. 2067b
 Die Beerdigung findet am 27. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Charité aus, statt.
 Dies zeigt tiefbetruert an
 Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Dankfagung.
 Für die überaus rege Teilnahme vor und bei der Beerdigung unfers unvergesslichen Sohnes und Bruders sagen wir allen, die sich in diesen trüben Stunden unserer annahmen, insbesondere der Firma Gebr. Rothmann und dem Personal derselben, sowie den Filialvorständen Berlins u. Umgegend und den Mitgliedern der Filiale 7 der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, sowie dem Verein „Geistlicher Brüder“ und allen Teilnehmern den herzlichsten Dank.
 Berlin, im Juli 1900. 2062b
 Witwe **Bitteher** und Sohn.

Bettfedernreinigung
 elektrischer Betrieb,
 Grüner Weg 3. (48300*)
Hauschild & Kettnitz.

Dankfagung.
 Allen Kollegen der Piano-Fabrik des Herrn Otto, sowie dem Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und dem Spar- und Kredit-Verein „Wald-Kauf“, sage ich hiermit für das Beileid meines verstorbenen Mannes meinen besten Dank. 2070b
Witwe Martha Herring,
 geb. Pünner.

Eberts Klub-Haus.
 72. Kommandantenstr. 72.
 Säle mit Bühne an Sonnabenden und Sonntagen nach freier.

Wo ist der schönste Garten? In Rixdorfs Vereinsbrauerei!
 Frel-Konzerte, Kaffeeküche, Kegelhahn u. c. Martin Gerndt, Vorkonz.
Beruchen Sie die Cigarre bei Binneböse, Schillingstr. 36.

Dampfer
 125 Personen fassend, ist kommenden Sonntag noch zu vermieten. (20. J.) Dietert, Berlin O., Nischhofstr. 1.

Prima harte 110 Pf. Schlackwurst
 a Pfd. 110 Pf.
 halbfertig a Pfd. 85
 Schinkenw., prima hart a Pfd. 95
 Speck, feine Schmalz- tung, mager a Pfd. 85
 bei 5 Pfd. 82
 Speck, fett a Pfd. 55
 Landjinken, echt a Pfd. 90
 offiz. Koblender.
J. Striepling, Straße 163.
 2. Geschäft: Invalidenstr. 147.

Natur-Heilverfahren.
 Haut-, Horn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Berufshörung. [30752*]
R. Wagner, Invalidenstr. 151/1
 9-2, 5-9, Sonntags 9-2.

Chronische Leiden
 jeder Art ohne Berufshörung.
Institut Jost, Chausseestr. 17, I. r.
 9-3, 5-9, Sonntags 9-7.
Arbeiter 20 Proz. Ermäßigung.
Heilung
 aller Haut-, Horn-, Blasenleiden ohne Berufshörung. 31jährige Erfahrung.
Harder senior, Strasse 29.
 Sprechst. 9-1 u. 5-8 1/2, Sonnt. 9-2. 843*

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
 Wegen Uebernahme größerer Restauration verkaufe gangbare Schaumwein, Grottenstraße 30, Schöneberg. 7105*
 Lokal verkauft Inventarpreis Poillon, Grottenstraße 78. 617*
 Gutgehendes Restaurant mit Garten und Vereinszimmer, befestigt mit Vereinen und Krankenkassen, ist an Parteilosen preiswert zu verkaufen. Näheres Adressatifikation von Köpenick, Woganzinstraße, Ecke Schillingstr. 135/15
 Milchgeschäft mit Kasse verkauft Krüger, Müllerstr. 163a. 1178b
 Waldbauernstelle mit Bauholzbestand im Borort, 10 Minuten vom Bahnhof, verkauft für 1800 M., 20 Meter Strohhalm, Zehner, Regensstr. 4, Hof I. 2009b
 Vanille, 882 Quadratmeter, a 2,30 Mark, gepflanzert, 1200 Mark erforderlich, sofort zu verkaufen. Näheres bei Herrn Bach, Rixdorf.
 Gärtenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 732/8
 Elegante vorjährige Herrenkleider, feinste Stoffe 9-12 Mark. Berlin Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.
 Betten, Steppdecken, spottbillig, Reichhaus Reanderstraße 6.
 Reumonturuhren, goldene, Regulator, spottbillig, Reichhaus Reanderstraße 6. 25/12*
 Teppiche, Gardinen, spottbillig, Reichhaus Reanderstraße 6.
 Teppiche mit Gardinen, spottbillig, Reichhaus Reanderstraße 6.
 Wanne! Hilfsbreiter, auch ganze Tafeln, fast vorzüglich, Gut-Becker, 61, nur Potsdamerstraße 61. Bitte ausbilden. 1544b*
 Großes Lager von Berliner Bauernkleidern sowie auch Schuhabern in jeder Größe für Bauhandwerker hält auf Lager Kämmer, Grottenstraße 65. 72*
 Nähmaschinen, ganze Wirtschaft, spottbillig, auch einzeln, Gartenstr. 32A, I. links. 7141

Möbelverkauf. neue und gebrauchte, auch Teilzahlung, Hömer, Seebastienstraße 81. 1894b*
Möbelfabrik, Drantenstraße 24, Rixdorfspinde 27, Spiegelspinde 28, Rixdorfspinde, Nußbeuten, Koffelstühle 5, Kleiderstühle, Tischspinde, Kuchentische 15, Schulentische, Wandstühle, Karmontelien 27, Tischgarnituren 95 Pancofsta 75. Vollständige Einrichtungen allerbillig. Eventuell Teilzahlung unter soliden Bedingungen. 2212*
Damenbüsten billig, Hüb., Weinbergsweg 13b. 918b
Fahrräder, erhaltend, zu Engros preis (auch Teilzahlung), Rufferager, Kommandantenstraße 46 L. *
Fahrrad, gut erhalten, verkauft preiswert Schulze, Gagenauerstraße 14.
Fahrräder 155 Mark, Tourenmaschine 125 Mark, Damenrad 130 Mark, Laufband 10 Mark, jedes ein Jahr Garantie. Matern, O., Straußbergerstraße 24. 731*
Kinderwagen, gut erhalten, neu, verkauft Kopenick, Frankfurterstraße 107. 2065b
Nähmaschinen, beste Ringstich- Adler-Schnellnäher, ohne Anzählung, wöchentl. 1 Mark, fünfjährige Garantie, Postkarte, Landberger, Landbergerstraße 35. Kein Baden. *
Nähmaschine, ganz billig, Jehn, Bernauerstraße 91. [2073b
Nähmaschinen, ohne Anzählung, wöchentl. 1 Mark, fünfjährige Garantie, röh- und vorwärtsgehende Ringstich, Schnellnäher, Babin, Adler, kostenfreier Unterricht. Bitte rechte an Postkarte erbeten, sofort. Frize, Tarnstraße 39, Nähmaschinen-geschäft.
Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzählung, Woche 1 M., fünfjährige Garantie, Behebung Postkarte. Nähmaschinen-geschäft Witte, Rixdorf, Rixdorfstraße 84, nahe Herrmannplatz.
Nähmaschinen bester Systeme, vor- und rückwärts gehend, ohne Anzählung wöchentl. 1 Mark, fünfjährige Garantie, Lieferung sofort, Postkarte, Landbergerstraße 35. Kein Baden.
Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 7141

Abesser Feld, Gartenbrunnen, Tisch, Stühle, Bänke, Spaten, billig. Karl Kaufmann, Müllendammstraße 19, am Urban. [21/18*
Gasthof, Sparbüchse, Zweifelschloß, Dreifloß 10,00, Gas-Wärme-eisen, Schneider- u. Bügelapparate billig! Wollner, Wallnerstraße 32. 1849b
Stare, eine Katze, junge, lernen sprechen, spielen. Drantenstraße 87, Vogelhandlung. 1936b
Geschäftsleute, Verhältnisse, 45 J., 4/5 Bayerischer 3 Mark. Brauer-Verlag, Andreadstraße 63. 1670b
Malstrassier, blühend, für Blutarne, Brustkrankh., Schwindsucht, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überausend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Dose 3,50 erhaltend. Nicht falschen, Qualität entscheidet. Forterlecker Ringler, Brunnenstraße 152. [84/8*
Vermischte Anzeigen.
 Die Beleidigung die ich Herrn Starginck beim Vergnügen des Metallarbeiter-Verbands in Reptunden ausgesetzt habe, nehme ich zurück. D. Petrit. 732
 Verloren Sonntagmorgen 11 Uhr mit Karte Nr. 75 615 zwischen Röhge-schloß, Mühlbach, Teufelssee. Abgegeben bei Bedrönd, Vorkingstraße 14. Gute Belohnung. 751/7
 Truckerei zur Bereinigung an kleinerer, vornehmlich überaus rentablen Hochleistung (Abmangel) gelad. D. Herten „Kr.“ Hofamt 88.
 1000 Mark suche mit an irgend einem Unternehmen sofort zu beteiligen. Angebote unter A. B. vorkommend Weihensee. 2061b
Elektrotechnik, Jackson, alte Nikolstraße 24. Neuer Abendkurs zur Ausbildung zum Elektromonteur in Theorie und Praxis nach bewährter Methode beginnt 2. August, Vorkenntnisse nicht erforderlich. Anmeldung täglich, auch Sonntags. 2078*
Elektrotechnik, Anmeldungen zu dem neuen Abendkurs der „Elettra“, Prinzenstraße 55, bis zum 24. Juli. Keine Kennziffer erforderlich. [2478*
Rechtsbureau, Andreadstraße 63 (neben „Konordia“), Rechtsbeistand. **Rechtschreibung** erteilt Gnadi, Ruppinerstraße 41. [770*
Unfallkosten, Ragen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 1900b*
Widifikation! Wer sich über diese rüchliche Grausamkeit unfers Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Widdifikation, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierkämpferverein Berlin, Königgräberstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 2044b
Photographie, 6 Bild und 1 Kabinett, 2 Mark 50 Pfennige. Kinder- und Familiengruppen, sechs Personen, gleiche Preise. E. Hering, Schönhauser-Allee 146. 750*
Violin, Klavier, Pflanz, Gesell-Unterried, monatlich 4 Mark, Drantenstraße 118.
Uhren repariert Wilhelm Flade, Uhrmacher, Fuhlenstraße 45. [146*
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Reimer, W. Bälowsstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b
Fahrräder repariert Zimmer, Andreadstraße 70. 1900b*
Waren jeder Art fährt billig Otto Daniel, Hedemannstr. 2, Kopenhamburg. 982b
Widow, Mittagstisch, Herren 40, Damen 35 Pfennige, Drantenstr. 178 I.
Saal und Speisezimmer empfehlt Jannasch, Inselstraße 10. [2068*
Vereinszimmer, kleiner Saal, mehrere Tage, auch Sonntags, zu vergeben. Gold, Große Frankfurterstraße 133. 760*
Vereinszimmer empfehlt Vier Alie Tafelstraße 119. [288K*
Großes Vereinszimmer zu vergeben. Sander, Rönigstraße 158f.

Rechtsbureau, Andreadstraße 63 (neben „Konordia“), Rechtsbeistand. **Rechtschreibung** erteilt Gnadi, Ruppinerstraße 41. [770*
Unfallkosten, Ragen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 1900b*
Widifikation! Wer sich über diese rüchliche Grausamkeit unfers Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Widdifikation, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierkämpferverein Berlin, Königgräberstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 2044b
Photographie, 6 Bild und 1 Kabinett, 2 Mark 50 Pfennige. Kinder- und Familiengruppen, sechs Personen, gleiche Preise. E. Hering, Schönhauser-Allee 146. 750*
Violin, Klavier, Pflanz, Gesell-Unterried, monatlich 4 Mark, Drantenstraße 118.
Uhren repariert Wilhelm Flade, Uhrmacher, Fuhlenstraße 45. [146*
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Reimer, W. Bälowsstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b
Fahrräder repariert Zimmer, Andreadstraße 70. 1900b*
Waren jeder Art fährt billig Otto Daniel, Hedemannstr. 2, Kopenhamburg. 982b
Widow, Mittagstisch, Herren 40, Damen 35 Pfennige, Drantenstr. 178 I.
Saal und Speisezimmer empfehlt Jannasch, Inselstraße 10. [2068*
Vereinszimmer, kleiner Saal, mehrere Tage, auch Sonntags, zu vergeben. Gold, Große Frankfurterstraße 133. 760*
Vereinszimmer empfehlt Vier Alie Tafelstraße 119. [288K*
Großes Vereinszimmer zu vergeben. Sander, Rönigstraße 158f.

Freundlich möbliertes Zimmer für 2 Herren (sogar zu vermierten) Fischerstraße 54, Quergebäude III, bei Witwe Rosenthal.
Schlafstellen.
Teilnehmer für möblierte Schlafstellen sucht Witwe Tittelbach, Admiralsstraße 22, III. vorn.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Bücher Stuhlflüchtler bittet um Arbeit. Stühle werden gut gekocht, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Glaser, Mulackstraße 27. *
Stellungsangebote.
Perfekte Einmalemleger und Käufer- leger suchen Varnstromm & Vogel, Krausenstraße 42/43. 2043b
Knopf-Präker, Horn- und Stein- nach, sucht Halbesstraße 48. 2033b
Tüchtige Harzigmader suchen bauende Beschäftigung bei G. Beer, Rixdorf, Prinz Handbergstraße 73.
Goldschmied, Bader verlangt Kottbuser Damm 100. 2060b
Einen Korbmachergehilfen auf Hoch- arbeit verlangt Holze, Drantenstr. 3.
Polsterarbeiter verlangt Kuchel, Wrangelstraße 4. 2382
Barockergolder, Harzigmaderin verlangt Poonanski u. Co., Drantenstraße 183. 2033b
Ausländer auf Steinmetzen verlangt Pohlmann, Reichsbergerstraße 133. [742*
Gebirge Gummtarbeiter verlangt Gummitabrik, Gartenstraße 167/68.
Malergelilien für Ornament- malerei und einfache Arbeiten werden eingewillt. S. Hinrichs, Kulm- str. 17 I. 2072b
Wamsfeld auf bessere Jodettis verlangt Krüger & Co., Forster- str. 18. 742*

Einshfrauen sucht Büchschneiderin, Landbergerstraße 92. 125/17
Kindermädel und Jodens- Arbeiterinnen, bessere Sachen, verlangt auherm Hause Landrecht, Schlemmer- str. 28. 751 9*
Gebirge Steppertinnen (südt) Gar- fabrik, Wappelfsee 24. 2058b
100 Jodett-Arbeiterinnen verlangt Kieme, Hammerstraße 21, Hornborfer- str. 21 und Gerichtstraße 31 bei Kraemer. [1542b*
Gebirge Belegertinnen auf Gold- leihen gesucht Viegnerstr. 15. 43*
Tüchtige Wamsfeld auf Jodettis 1,75-3,00 M. auherm Hause, ohne Anfertigen, verlangt Feig, Woganzin- str. 11, II. links. 2048b

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Voelckh in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.